Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

291 (13.12.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-455836

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 450.00 Mark, dazu bei Zustellung ins Haus 35.00 Mark Bringerlohn, bei Abholen von unserer Expedition 450.00 Mark, durch die Post bezogen monatlich 450.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 25 Mk.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inseraten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 12.00 Mk. berechnet, für Anzeigen auswärtiger Inseraten 15.00 Mk., für Anzeigen im Reklameteil sind für die Millimeterzeile • 60.00 Mark zu entrichten. •

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland – Oldenburger Volksblatt

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Wilhelmshaven-Rüstringen, Mittwoch, 13. Dezember 1922 • Nr. 291 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Die oldenburgische Ausführungsverordnung zum Reichsmieten-Gesetz vom 27. November 1922.

Von J. Meyer, Staatsminister.

Nach § 21 des Reichsmietengesetzes werden die Ausführungsverordnungen zu diesem Gesetz von den obersten Landesbehörden erlassen. Im § 24 wird bestimmt, daß das Gesetz mindestens am 1. 7. 1922 in Kraft und mit dem 1. 7. 1926 außer Kraft tritt.

In der ersten oldenburgischen Ausführungsverordnung vom 29. 6. 1922 wird bestimmt, daß die Gemeindebehörden die Grundmiete und die Mietzuschläge festzusetzen, jedoch sich innerhalb der von der Regierung festgelegten Rahmensätze als Regelsätze zu halten haben. Die Betriebskosten waren auf 150—250 Prozent und der Instandsetzungszuschlag auf 100—400 Prozent der Grundmiete, d. i. etwa 75 Prozent der Friedensmiete, festgesetzt worden. Die Zuschläge entsprachen einer Mietsteigerung in Höhe von ungefähr des 2½—6fachen der Friedensmiete.

Durch die Verordnung vom 27. 11. 1922 (G.-Bl. S. 1449) sind die vorstehenden Rahmensätze auf 800—1250 Prozent der Grundmiete für Betriebskosten und auf 2500—4000 Prozent für den Instandsetzungskostenzuschlag erweitert worden. Das bedeutet rund das 20—40fache der Friedensmiete und kann, allein vom Standpunkt der Mieter aus gesehen, als eine untragbare Belastung erscheinen. Es wird hiergegen eingewendet werden können, daß die Regierung verpflichtet ist, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen und als die wirtschaftlich Schwächeren insbesondere die Interessen der Mieterkreise in Rücksicht auf die ungemein drückenden Teuerungsverhältnissen zu wahren. Diese Verpflichtung muß anerkannt werden. Ebenso aber auch hat die Regierung in Rücksicht auf die ungeheure Geldentwertung und Materialteuerung sowie die steuerliche Belastung den Interessen der Vermieter Rechnung zu tragen. Es ist eine zwingende Aufgabe der dafür durch das Reichsmietengesetz eingesetzten Behörden, die beiderseitigen Interessen der Vermieter und der Mieter möglichst in Einklang zu bringen. Dies erfordert ein hohes Maß von wirtschaftlicher Einsicht. Aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten müssen dann aber die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden.

Bei den Beratungen mit den Vertretern der Amtsverbände, Städte und der Vermieter- und Mieterorganisationen wurde allgemein anerkannt, daß eine Mietenerhöhung nicht zu vermeiden sei. Abweichende Meinungen ergaben sich in der Hauptsache nur hinsichtlich der Instandsetzungskostenzuschläge, die von den Vertretern des Landesverbandes der Mietervereine überhaupt abgelehnt wurden und zwar vorwiegend mit der Begründung, daß diese Zuschläge von den Hauseigentümern ihrer Zweckbestimmung, nämlich der Instandsetzung der Häuser, nicht zugeführt würden. Es soll im Rahmen dieses Artikels nicht weiter untersucht werden, in welchem Umfange tatsächlich Vermieter in der Vergangenheit ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Wenn dies aber in dem behaupteten Maße der Fall sein sollte, so stehen den Mietern und den Gemeindebehörden hinreichend Mittel zur Verfügung, um auf Grund der Bestimmungen des Reichsmietengesetzes und des Bürgerlichen Gesetzbuches die Vornahme von Instandsetzungen und laufenden Reparaturen zu erzwingen. Es sei aber darauf hingewiesen, daß bis zum 1. 11. 1922 die Vermieter überhaupt noch nicht in den Bezug höherer Mieten in der Höhe der Ausführungsverordnung vom 29. 6. 1922 gekommen sind, wenn es sich um monatliche Mietzahlung handelt. Am 31. 12. d. J. bzw. 1. 1. 1923 gelangen sie erstmalig in den Bezug dieser Mieten, wenn die Mietzahlung eine vierteljährliche ist.

Nach dem RMG. können die festgelegten Sätze nicht beliebig lange in Geltung bleiben, sondern die erforderlichen Zuschläge müssen nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes der jeweiligen Höhe der Betriebskosten und der Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten entsprechen. Seit dem Erlaß der oldenburgischen Ausführungsverordnung vom 29. 6. 1922 ist aber eine derartig starke Erhöhung sämtlicher Baumaterialienpreise, Steuern, Abgaben und Löhne, sowie eine außergewöhnliche Erhöhung auch der Betriebskosten (z. B. Brandkassenbeitrag) eingetreten, daß die gesetzlichen Mieten, wenn ihre Festsetzung überhaupt noch einen Sinn haben soll, auch eine einigermaßen entsprechende Erhöhung erfahren müssen. Dabei muß es schon jetzt fraglich erscheinen, ob mit dem neuen Instandsetzungskostenzuschlag die Kostenbeträge für alle laufenden Reparaturen gedeckt werden können.

Was die Betriebskosten betrifft, so können gegen deren Erhöhung nach Ansicht der Regierung überhaupt keine Bedenken geltend gemacht werden, da der Begriff der Betriebskosten im § 4 RMG. genau umgrenzt ist und der Zuschlag in jeder Gemeinde rechnerisch einwandfrei festgelegt werden kann.

Die Haupteinwände richten sich dann auch gegen den Instandsetzungskostenzuschlag, und es werden vom zuständigen Reichsministerium Vorkehrungen verlangt, die Sicherheiten dafür bieten, daß der Zuschlag auch tatsächlich für Reparaturen verwandt wird. Diese Sicherheiten sind indes durchaus vorhanden.

Durch das RMG. wird nämlich der § 536 BGB. nicht berührt, wonach der Vermieter die Mietsache dem Mieter in einem zu vertragsmäßigem Gebrauch geeigneten Zustande zu überlassen und sie während der Mietzeit in diesem Zustande zu erhalten hat. Ebenso wenig ist die Bestimmung des § 548 BGB. ausgeschaltet, wonach Veränderungen oder Verschlechterungen der Mietsache, die durch den vertragsmäßigen Gebrauch herbeigeführt werden, durch den Mieter nicht zu vertreten sind.

Sodann gibt aber auch das RMG. selbst darüber noch weitergehende Sicherungen. Nach § 6 Abs. 1 ist bestimmt, daß der Instandsetzungskostenzuschlag vom Vermieter für die erforderlichen laufenden Instandsetzungsarbeiten sachgemäß zu verwenden ist, und daß der Vermieter der Mietervertretung auf Antrag die Verwendung der Gelder nachzuweisen hat. Ferner hat nach § 6 Abs. 2 RMG. eine von der Regierung zu bestimmende Stelle auf Antrag des Mieters oder von Amtswegen die sachgemäße Ausführung der Reparaturen durch geeignete Anordnungen zu sichern, falls der Vermieter die Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten unterlassen oder die Gelder nicht sachgemäß verwandt hat. Als Stelle zur Sicherung der sachgemäßen Ausführung dieser Arbeiten ist nach Artikel 11 der oldenburgischen Ausführungsverordnung die Gemeindebehörde bestimmt worden und es ist weiter vorgeschrieben, daß auf das Verfahren der Artikel 34 der Gemeindeordnung Anwendung zu finden habe, wonach die Arbeiten unter Umständen durch Straffestsetzung und durch Dritte auf Kosten des säumigen Vermieters durchgeführt werden können.

Sicherheiten sind also in denkbar genügender Weise vorhanden, und nicht nur die Einzelmieter, sondern auch die Mietervertretungen haben eine ausreichende Kontrolle in der Hand. Die Bildung der Mieter-Vertretungen ist nach § 17 RMG. in den freien Willen der Mieter gelegt, was auch bisher schon nach den §§ 164 ff. BGB. zulässig war.

Der Zuschlag für sogenannte große Instandsetzungsarbeiten im Sinne des § 7 RMG. und der Artikel 13—20 der oldenburgischen Ausführungsverordnung ist im Landesteil Oldenburg bis auf die Stadt Rüstringen nicht zur Hebung gekommen. In der Ausführungsverordnung ist der Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten auf nur 150 Prozent der Grundmiete begrenzt.

Wenn in der Oeffentlichkeit und in Versammlungen darauf verwiesen wird, daß in anderen Orten des Reiche die Mietzuschläge niedriger festgesetzt sind, so kann sich dies nur auf die bisher geltenden Sätze beziehen. Der Regierung sind jedoch aus anderen Ländern Mitteilungen zugegangen, die erkennen lassen, daß man auch dort wesentliche Erhöhungen in Aussicht genommen hat, die zum Teil noch über das hinausgehen, was Oldenburg festgesetzt hat. Die neuen Oldenburger Sätze treten aber, da die Einzelfestsetzungen durch die Gemeindebehörden erst im Laufe dieses Monats erfolgen, nach § 11 RMG. frühestens am 1. 1. 1923 praktisch in Erscheinung.

Es kann nicht verkannt werden, daß die neuen gesetzlichen Mieten für zahlreiche Mieter eine neue schwere Belastung bedeuten. Das RMG. läßt aber eine unterschiedliche Behandlung, etwa nach Einkommen oder anderen Merkmalen, nicht zu. Eine weitere künstliche, widernatürliche Zurückhaltung würde sich bringen und beschleunigen. Dies muß aber unter allen Umständen im Interesse der Gesamtbevölkerung verhütet werden.

Der deutsche Schritt in London.

Ueber die Vorbereitungen der nach London gerichteten deutschen Vorschläge und über die hiermit verfolgte Absicht der Regierung wird dem „Soz. Parlamentsdienst" amtlich folgendes mitgeteilt:

Der Schritt, den die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in London unternommen hat, erfolgte nicht auf dem formalen Wege, sondern durch die Vermittlung des Staatssekretärs a. D. Bergmann. Wie bekannt, hat auch die Regierung Cuno als Grundlage und Ausgangspunkt ihrer Reparationspolitik die Reparationsnote vom 14. November genommen; ihr Ziel ist die endgültige und rasche Klärung des Reparationsproblems. Das Mittel, um das Ziel zu erreichen, sieht die deutsche Regierung darin, jede sich bietende Gelegenheit zu einer verständnisvollen, klaren und praktischen Aussprache von Mann zu Mann zu benutzen. Eine solche Gelegenheit hat man jetzt in London gesucht. Um sich nicht wieder den Vorwürfen aussetzen, daß Deutschland praktisch keinen Finger rühre, hat die jetzige Regierung Vorschläge, die auf der Gegenseite nicht die erwartete Wirkung erzielten, zusammengefaßt und die einzelnen Punkte noch schärfer in den Vordergrund gerückt, um dadurch die endgültige Regelung der Reparationsfrage herbeizuführen. Deshalb hat Staatssekretär Bergmann in London das Anleihe-System näher präzisiert, auch Zahlen genannt, allerdings nur als Beispiele. So will man — als Beispiel gedacht — für den Fall, daß die Entente eine Anleihe im Gesamtbetrage von 3 Milliarden Goldmark im Auslande unterbringt, eine Anleihe gleichen Typs im Verhältnis von 1½ zu 1 im Inlande aufbringen. Unter der Voraussetzung, daß damit ein völliger Fortfall der wirtschaftlichen Fesseln Hand in Hand geht, soll von der inneren Anleihe eine Hälfte zu Reparationszwecken, die andere zur Stabilisierung der Mark und zur Befriedigung der eigenen Lebensbedürfnisse dienen. Für je eine aus dem Inland und Ausland aufgebrachte Milliarde Anleihe rechnet man mit einem Jahre Moratorium, wobei die Höchstgrenze fünf Jahre sein soll. — Die deutschen Vorschläge sehen eine vierprozentige Verzinsung und eine 1½prozentige Amortisation dieser Anleihe vor unter weitgehender Steuerfreiheit und Amnestie für Steuerdelikte. Als Sicherung der beiden Anleihen denkt man sich die Goldeinfuhrzölle.

Bekanntlich haben die Ministerpräsidenten die deutschen Vorschläge verworfen, ob sie auf späteren Aussprachen noch einmal berücksichtigt werden, steht dahin.

Mussolinis Reparationspläne.

Wolff meldet aus London: Dem „Manchester Guardian" zufolge ist Mussolinis Standpunkt folgender: Wenn England bereit sei, die ihm von seinen Alliierten geschuldeten Beträge nicht mehr zu erwähnen, so werde Italien England eine starke Unterstützung zuteil werden lassen bei den Maßnahmen zur Wiederherstellung des deutschen Kredits und Europas im allgemeinen. Wenn England andererseits die Frage der Schulden seiner Alliierten nicht fallen lasse, so werde sich Italien verpflichtet fühlen, Frankreich zu unterstützen, d. h., ihm freie Hand bei allen Maßnahmen zur Sicherung der Reparationen zu lassen, die es für notwendig erachte. Nach Erledigung der Schuldenfrage im Sinne Mussolinis würde der italienische Ministerpräsident ein dreijähriges Moratorium für Deutschland, die Schaffung einer internationalen Finanzkontrolle in Deutschland, die Ermäßigung der deutschen Entschädigung auf zwei Milliarden Pfund Sterling und die Verteilung der Zahlungsperiode auf einen längeren Zeitraum, vielleicht 40 Jahre, begünstigen.

Somit ließe sich der neue italienische Ministerpräsident weniger von dem Gedanken des allgemeinen europäischen Problems leiten, sondern in der Hauptsache von den Sonderinteressen Italiens, das seine Schulden an England nicht zurückzahlen will!

Verfahren gegen Roßbach!

Gegen den bekannten Freikorpsführer Oberleutnant Roßbach, von dem in der letzten Zeit wieder viel die Rede ist, wird vom Staatsgerichtshof voraussichtlich ein Ermittlungsverfahren wegen Geheimbündelei und Waffenverheimlichung eröffnet werden, gleichzeitig auch gegen den Major v. Massow, Hauptmann Weber, Kaufmann Kupfer aus Hamburg und die Herren Köpke, Fricke und Sossen. Die Untersuchung wird Untersuchungsrichter Dr. Richter führen. Verteidiger Roßbachs ist Rechtsanwalt P. Bloch-Berlin.

Verdoppelung des Beamteneinkommens?

Im Reichswirtschaftsministerium haben die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter über die Erhöhung der Teuerungszuschläge begonnen. Zu einem Abschluß ist es bei den Verhandlungen noch nicht gekommen. Es wurde vereinbart, daß die Zuschläge mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember gewährt werden und daß diese Erhöhungen noch vor dem 1. Januar zur Auszahlung gelangen sollen. Ueber den Satz der Erhöhungen selbst ist noch keine Einigung erzielt worden. Bekanntlich beanspruchen die Vertreter der Spitzenorganisationen eine solche von 100 Prozent.

Ehrhardts Anhänger auf der Flucht.

Die „Dena" meldet aus Wiener Blättern, daß zahlreiche Anhänger Ehrhardts aus München über Salzburg und Wien nach Budapest geflüchtet sind. Die österreichische Paßstelle in Salzburg wurde angewiesen, bei der Revision alle Individuen, die angemäßende Paßnisse haben, aufzuhalten. — Man sollte auch die Begünstiger des Hochverräters in Haft genommen haben, um reinen Tisch zu machen.

Sozialdemokratie und Steuerfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich mit den Beschlüssen des Steuerausschusses über die Abänderung der Einkommensteuer. Es herrschte völlige Uebereinstimmung, daß die von den bürgerlichen Parteien gegen den heftigen Widerstand der Sozialdemokraten beschlossene wesentliche Milderung der Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen aus außen- und innenpolitischen Gründen unannehmbar sei und daß Maßnahmen gefordert werden müssen, durch die die Wirkung der Geldentwertung als steuerlicher Vorteil für die Besitzenden sofort ausgeschaltet wird.

Wieder einmal: Aerzte und Krankenkassen.

Das Tarifabkommen zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Krankenkassen und der Aerzteschaft ist bekanntlich zum 31. Dezember d. J. gekündigt worden. Bisher war es nicht möglich, zu einer Einigung über den neuen Tarif zu kommen. Am 15. und 16. Dezember werden in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Verhandlungen beginnen, deren Ausgang sehr ungewiß ist. Man hofft, trotz aller Differenzen zu einer Einigung zu gelangen und eine vertragslose Zeit zu vermeiden, die insbesondere für die Kassenpatienten außerordentlich gefährlich werden müßte.

Hypothekenrückzahlung in Gold?

Wiederholt ging in den letzten Tagen durch die bürgerliche Presse die Meldung, daß verschiedene Instanzen der Gesetzgebung sich bereits mit der Frage befaßt hätten, ob man nicht die Rückzahlung der Hypotheken, soweit sie in Geld ausgeliehen worden seien, auch wieder in Geld oder in irgendeiner besseren Währung anordnen solle. Wie wir hören, kann von einer solchen Anordnung keine Rede sein, denn es müßten zunächst die gesetzlichen Bestimmungen geändert werden. Diese Aenderung ist aber nicht leicht, weil dann nicht nur Hypothekengläubiger, sondern auch Klein- und Sozialrentner und noch andere Volksschichten berücksichtigt werden müßten.

Die Hungerspekulanten siegen.

In der Sitzung des Reichsrats vom 11. Dezember wurde der preußische Antrag, einen Teil des Umlagegetreides statt mit Geld durch Lieferung von Chilesalpeter zu bezahlen, behandelt. Die Reichsregierung hatte im Ausschuß gegen den Antrag Bedenken geltend gemacht. Deshalb beantragte der Ausschuß die Ablehnung des Antrages. Für den Antrag stimmten nur Preußen und Mecklenburg; von den preußischen Provinzialvertretern nur die von Sachsen und Berlin. Alle anderen Länder, auch Oldenburg, stimmten dagegen.

Damit haben die landwirtschaftlichen Interessenverbände, die von der Verwirklichung des preußischen Antrages eine Festigung des Umlageverfahrens fürchteten, ebenso das Stickstoff-Syndikat, wieder einmal gesiegt. Man kann nun wieder ohne Gefährdung des Profits über die Notwendigkeit der Steigerung der Lebensmittelerzeugung deklamieren. Satt wird davon das hungernde Volk natürlich nicht.

Der Hausschatz der Hohenzollern.

Der preußische Etat für 1923 wird, wie verlautet, eine Forderung in Höhe von 300 Millionen Mark als Zuschuß zu den Kosten des beschlagnahmten Hohenzollernschen Eigentums enthalten, insbesondere zu den Kosten der Unterhaltung der Schlösser und Parks. In Wahrheit wird man mit dieser Summe nicht entfernt auskommen, der erforderliche Zuschuß wird in die Milliarden jetzigen Geldes gehen. Danach kann man sich ungefähr vorstellen, was für ein Geschäft der preußische Staat machen würde, wenn er in einem Vergleich willigte, der den Hohenzollern alles werdende Eigentum überließe, insbesondere die großen Landgüter, Forsten und städtischen Häuser, dem Staate hingegen allen fressenden Besitz aufhalse.

Landesbibliothek Oldenburg

Reichstag vom Dienstag.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf eine Beschwerde des Abg. Leicht (B. Vp.) gibt Staatssekretär Walther zu, daß die französische Besatzung in Neustadt a. d. Haardt 280 000 Quadratmeter wertvollstes Kulturland zur Anlage eines Garnisonplatzes und weitere 160 000 Quadratmeter zur Errichtung eines Exerzierplatzes beschlagnahmt habe. Das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörde widerspricht dem französischen Versprechen in Versailles. Die Gesamtausgabe der Stadt Neustadt a. d. Haardt für neue Anlagen belaufen sich auf mindestens 2 Milliarden Mark. Es sind bereits 25 französische Garnisonen mit 23 000 Mann Besatzung eingerichtet.

Auf eine Beschwerde des Abg. Koch-Weser (Dem.) wird erklärt, daß eine Herabsetzung des Teezolls nicht möglich sei. — Auf eine Anfrage des Abg. Petersen (Dem.) wird mitgeteilt, daß wegen Gewährung von Notstandsbeihilfen an die Reichsbeamten Erwägungen schweben. — Auf eine Beschwerde des Abg. Dauch (D. Vp.) wird entgegnet, daß die Ausgabe von Wechselstempelmarken über höhere Beträge im Gange ist. — Angenommen wird der 8. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan, der den Reichsfinanzminister ermächtigt, Reichsschatzanweisungen zum Ankauf von Getreide bis zur Höhe von weiteren 300 Millionen Mark anzufertigen.

Darauf wird die zweite Lesung der Geschäftsordnung des Reichstages in Angriff genommen. Die Vorlage wird nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen. Sie tritt am 1. Januar 1923 in Kraft. Auf Wunsch des Abg. Schultz-Bromberg (D.-nat.) wird noch ausdrücklich festgestellt, daß der Präsident nicht ohne weiteres aus der stärksten Fraktion ernommen werden muß, sondern daß die Präsidentenwahl Sache der Vereinbarung der Fraktionen ist.

Die zweite Lesung des 7. Nachtrags zum Reichshaushaltsplan wird darauf bei der Marine fortgesetzt, der unverändert angenommen wird. Beim Reichsministerium des Innern weist Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) auf die große Not der Wissenschaft hin. — Abg. Frau Behm (D.-nat.) geht auf die gesundheitlichen und sittlichen Nöte des besetzten Gebietes ein, wo die Zahl der öffentlichen Häuser noch im Wachsen begriffen ist. Von der französischen Besatzungsbehörde werde sogar die zwangsweise Errichtung solcher Häuser betrieben. Die Rednerin empfiehlt eine Entschließung gegen diese Kulturschande.

Abg. Bruhn (D.-nat.) protestiert gegen die Verbote rechtsgerichteter Verbände, besonders des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Der Haushaltplan wird mit den Entschließungen angenommen. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Einfuhr und Ueberfremdung.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts steht der deutschen Einfuhr im Monat Oktober mit 55,5 Millionen Doppelzentnern eine Ausfuhr von nur 15,4 Millionen Doppelzentnern gegenüber. Der Wert der Einfuhr beläuft sich auf 531,7 Mill. Goldmark, jener der Ausfuhr auf Grund der Deklarationen auf nur 289,9 Mill. Goldmark. Das bedeutet im Vergleich zum Monat September eine Mehreinfuhr von 7,2 Mill. Doppelzentnern bzw. 109,9 Mill. Goldmark, während die Ausfuhr um 0,5 Mill. Doppelzentner bzw. 1 Mill. Goldmark zurückgegangen ist. Die Passivität unserer Handelsbilanz ist damit von 131 Millionen Goldmark im September auf über 240 Millionen Goldmark im Oktober angewachsen.

Die Folgen dieser Entwicklung für unsere wirtschaftliche, politische und finanzielle Lage sind klar. Da wir die Mehreinfuhr in Goldmarkwährung nicht bezahlen können, da die Möglichkeit zur Bezahlung eines größeren Teiles der Einfuhr in angesammelten Devisen gleichfalls sehr unwahrscheinlich ist, wird eine weitere Ueberfremdung der deutschen Mobilien und Immobilien eintreten oder schon eingetreten sein. In der Tat sind in den letzten Wochen an den deutschen Effektenbörsen erhebliche Auslandskäufe getätigt worden. Die Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Unternehmen nimmt gleichfalls zu. Der Grundstücksmarkt ist mit Aufträgen ausländischer Käufer geradezu überlastet.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Aeltestenrat des preußischen Landtages hielt eine Sitzung über die Geschäftslage ab. Bezüglich der Beratung der Verwaltungsreform machte er sich dahin schlüssig, den Minister zu bitten, die Entwürfe zur Verwaltungsreform erst nach den Weihnachtsferien im Landtage einzubringen. Am heutigen Mittwoch will sich das Haus bis zum 10. Januar vertagen. Am 11. Januar soll die dritte Lesung des Grundsteuergesetzes auf die Tagesordnung gesetzt werden und außerdem die erste Beratung der neuen Entwürfe zur Städte- und Landgemeindeordnung.

Das Plenum des Landtages verhandelte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Verordnung betr. die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand. Es handelt sich um den Entwurf zur Ausführung der Schutzgesetze für die Republik. Der deutschnationale Abg. Dallmer bekämpft die Vorlage. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen und auch in dritter Beratung sofort endgültig genehmigt. Das Haus fordert dann vom Staatsministerium, baldigst eine Denkschrift über die Möglichkeit der Unterstellung des gesamten Bildungs- und Schulwesens unter eine Zentralbehörde vorzulegen und zur Aufbesserung der wissenschaftlichen Institute und Sammlungen der höheren Lehranstalten genügende Mittel bereitzustellen.

Der Antrag des Zentrums über eine Steuerermäßigung für kinderreiche Beamte wird abgelehnt.

Russenprotest in Lausanne.

Nach einer Wolffmeldung nahmen gestern die russischen Sachverständigen zum ersten Male an der Sitzung der alliierten Sachverständigen teil. Dabei kam es zu einem Zwischenfall. Die alliierten Sachverständigen gaben den russischen und anderen Sachverständigen den Inhalt eines Dokumentes bekannt, das den Titel führt „Die Freiheit der Meerengen". Die russischen Sachverständigen erklärten, daß sie keinerlei Auskunft über ein Dokument geben könnten, das vorher der russischen Delegation offiziell nicht bekannt geworden sei. Nachdem die russischen Sachverständigen von dem Projekt über die Freiheit der Meerengen Kenntnis genommen hatten, gaben sie eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

Die russischen Sachverständigen sind der Ansicht, daß ihre Teilnahme an der Konferenz gegenstandslos ist, 1. weil sie keine Auskunft über die Freiheit der Meerengen erteilen können, 2. weil das neue Projekt Aenderungen enthält, die der russischen Delegation noch nicht mitgeteilt worden sind, 3. weil die russischen Sachverständigen formelle Instruktionen hätten, die Frage der Freiheit der Meerengen keinesfalls mit der Frage der Entmilitarisierung der Zone zu bearbeiten.

Hierauf verließen die russischen Delegierten die Sitzung und erstatteten der russischen Delegation Bericht. Die Delegation richtete darauf eine schriftliche Erklärung an den Präsidenten der Konferenz, um gegen die eingefügten Aenderungen zu protestieren, die den Bedingungen, unter denen Rußland eingeladen sei, widersprächen, wie auch den Gepflogenheiten der Konferenz.

Wer bringt die Einkommensteuer auf?

Je rascher die Geldentwertung vorwärtsschreitet, um so stärker wird der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer. Die hohen Eingänge an Einkommensteuer bei den Finanzämtern in den letzten Monaten sind im wesentlichen nur von den Arbeitern und Beamten bezahlt worden. Diese Tatsache ist der bürgerlichen Presse unbequem. Sie schweigt sie entweder tot oder streitet sie ab. Das wurde ihr bisher durch die Methode der Veröffentlichung der Eingänge der Einkommensteuer wesentlich erleichtert. Diese Methode ist so irreführend, daß die „Frankfurter Zeitung" in der ersten Morgenausgabe vom 9. Dezember zu folgender Schlußfolgerung kam:

„Unter den fortdauernden Steuern brachten diesmal gegen den Oktober 1921 die Einkommensteuer 20 104 Millionen mehr, wobei erstmals die aus dem Verkauf von Einkommensteuermarken eingegangenen Beträge gesondert vermerkt wurde. Es handelt sich dabei im Oktober um 7567, in den ersten sieben Monaten bei einem Gesamteingang aus Einkommensteuer von 69 222 Millionen um 21 910 Millionen Mark. Da Einkommensteuer im Lohn- und Gehaltsabzugsverfahren auch noch auf anderem Wege als dem der Entrichtung in Steuermarken einkommt, so stellen die oben genannten Beträge zwar keinesfalls die Gesamtsumme der von Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebrachten Steuerbeträge dar, aber die nunmehr vorgenommene Scheidung läßt doch bei aller Anerkennung der Mängel, die dem jetzigen Steuereingang (Abzug an der Quelle und Veranlagung) in mehr als einer Beziehung anhaften, das eine klar erkennen: daß die noch vielfach gebrauchte agitatorische Behauptung, Einkommensteuer werde im wesentlichen nur von Arbeitern und Beamten bezahlt, mindestens eine starke Uebertreibung ist."

Die von der „Frankfurter Zeitung" wiedergegebenen Zahlen sind irreführend und ihre Schlußfolgerung ist falsch. Auf das Drängen der sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses hat das Reichsfinanzministerium genauere Zahlen zur Verfügung gestellt, die auch die durch Ueberweisung gezahlte Lohnsteuer erkennen lassen. Die Zahlen sind in folgender Tabelle zusammengefaßt:

1922	Aufkommen durch Steuerabzug	Aufkommen auf Grund d. Veranlagung	Anteil des Steuerabzugs a. Gesamtaufk.
April-Juli	13 224 Mill. Mk.	10 320 Mill. Mk.	56,17 Pzt.
August	5 675 Mill. Mk.	4 258 Mill. Mk.	57,13 Pzt.
September	8 079 Mill. Mk.	5 773 Mill. Mk.	58,33 Pzt.
Oktober	15 757 Mill. Mk.	6 127 Mill. Mk.	71,97 Pzt.

In den Zahlen, die der „Frankf. Ztg." zur Verfügung standen, war der Lohnabzug im Oktober mit 15 757 Millionen Mark nur mit 7567 Millionen, also noch nicht mit der Hälfte, eingesetzt. Die jetzt vorliegenden Zahlen zeigen dagegen, daß der Satz, nach dem die Einkommensteuer im wesentlichen nur von Arbeitern und Beamten gezahlt werde, nicht eine agitatorische Behauptung, sondern eine der wichtigsten sozialen Tatsachen unserer Zeit ist.

Angesichts dieser Tatsache ist es allerdings verständlich, daß die bürgerliche Presse die skandalöse Behandlung der Novelle zum Einkommensteuergesetz im Steuerausschuß des Reichstages totschweigt. Trotzdem heute schon 71 Prozent der Einkommensteuer nach den amtlichen Zahlen durch die Lohn- und Gehaltsempfänger gezahlt werden, ist die Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen noch ermäßigt worden. Die darauf abzielenden Anträge der bürgerlichen Parteien wurden im Steuerausschuß des Reichstages, ohne Begründung durch die Antragsteller, ohne gründliche Beratung der komplizierten Aenderungen im Tarif- und Abzugswesen en bloc gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie durchgepeitscht. Die bürgerlichen Parteien haben diese Beschlüsse bewußt gegen die stärkste Fraktion des Reichstages gefaßt. Die Erledigung der Novelle zum Einkommensteuergesetz ist der erste bewußte Versuch der bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie bei der Regelung der wichtigsten Fragen vollständig auszuschalten, um ungestört die Interessen der Leistungsfähigen, die gar nicht opferbereit sind, über die Interessen der Allgemeinheit zu stellen.

Grenz vor dem Schwurgericht.

Vor dem Berliner Schwurgericht wurde gestern das Attentat auf den Schriftsteller Harden verhandelt. Angeklagt sind der Landwirt Weichardt und der Buchhändler Grenz aus Oldenburg wegen Mordversuches und Anstiftung dazu. Der Haupttäter Ankermann ist flüchtig. Bei der Bildung der Geschworenenbank wurden von der Verteidigung alle Träger jüdisch klingender Namen abgelehnt. Der Vorsitzende ermahnte die Geschworenen, die Politik aus dem Gerichtssaale fernzuhalten und sich nicht durch politische Sympathien oder Antipathien leiten zu lassen.

Ghezzi nach Rußland abgeschoben.

Der italienische Anarchist Ghezzi, dessen Auslieferung die italienische Regierung verlangt hatte und der, wie schon gestern mitgeteilt, nun nicht ausgeliefert wird, ist am Montag aus der Auslieferungshaft entlassen und nach Rußland ausgewiesen worden, dessen Staatsbürgerschaft er inzwischen erworben hat. Ghezzi ist bereits in einem Schlafwagen 1. Klasse nach Sowjetrußland abgereist.

Unsere Genossen im preußischen Landtage hatten gegen den stürmischen Widerspruch der Kommunisten, die den Fall Ghezzi zu einer ihrer Schimpforgien ausnutzten, durchgesetzt, daß der Fall dem Rechtsausschuß zur sorgfältigen Untersuchung überwiesen wurde. Dort konnte der Referent, Genosse Heilmann, feststellen, daß in dem Auslieferungsbegehren ein Formfehler unterlaufen war. Die italienische Regierung legt Ghezzi zwar zur Last, an Mordtaten und Eisenbahnzerstörungen beteiligt zu sein, aber der allgemein maßgebende Eröffnungsbeschluß des Gerichts spricht lediglich von Teilnahme an einer verbrecherischen Vereinigung und verbotenem Sprengstoffgesetz, also von Delikten, auf Grund deren nach dem Auslieferungsvertrag keine Auslieferung erfolgt. Sämtliche preußischen und Reichsressorts schlossen sich dieser Rechtsauffassung an. Ghezzi ist also davor bewahrt, an die Fascisten ausgeliefert zu werden, und die Kommunisten sind um einen Märtyrer ärmer, auf den sie schon die allerschlimmsten Spekulationen begründet hatten.

Die Entschuldigungsnote.

Die Note der deutschen Regierung betr. die Vorfälle in Stettin, Passau und Ingolstadt ist, wie bereits gemeldet, nunmehr der Botschafterkonferenz überreicht und veröffentlicht worden. Sie geht von einer genauen Darlegung des Sachverhalts aus, erkennt an, daß das Verhalten der in Frage kommenden Personen ungerechtfertigt war und daß die Vertreter der Alliierten ein Recht auf Entschuldigung hätten. Obgleich diese bereits erfolgt und eine Bestrafung der Schuldigen in die Wege geleitet worden, obgleich also eine dem internationalen Herkommen entsprechende, ausreichende Sühne bereits gegeben sei, erneuere die deutsche Regierung ihre Erklärungen, die den Ausdruck der Entschuldigungen mitumfassen und erklärt sich außerdem bereit, den geforderten Betrag von einer Million zur Verfügung zu stellen, wenngleich sie diese Forderung als völkerrechtlich berechtigt nicht anerkennen könne. Eine besondere Entschuldigung der bayerischen Regierung müsse sie hingegen ablehnen, da nach der Reichsverfassung die Vertretung Deutschlands und der Länder nach außen lediglich dem Reich obliege; ebensowenig könne sie eine Entlassung der Bürgermeister von Passau und Ingolstadt auch in ihrer Funktion als Polizeichefs verfügen, da diese Bürgermeister keine Staatsbeamte, sondern freigewählte Organe der Selbstverwaltung seien.

Gefängnisurteile am Rhein.

Aus Mainz wird berichtet: Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde vor dem Kriegsgericht des Generalstabes der französischen Rheinarmee gegen den Referenten der politischen Abteilung der preußischen Regierung in Wiesbaden, Regierungsassessor Dr. Prange, und den Kriminalkommissar der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums in Frankfurt a. M., Ernst Stein, wegen Spionage verhandelt. Die beiden Angeklagten wurden aller ihnen zur Last gelegten sträflichen Handlungen für schuldig befunden und Prange zu fünf Jahren und Stein zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Umzug beim Reichswirtschaftsrat.

Aus Berlin wird gemeldet: Heute nachmittag siedelt der vorläufige Reichswirtschaftsrat in sein neues Heim über und wird dort eine feierliche Eröffnungssitzung abhalten. Der Reichspräsident, die Reichsminister und die Präsidenten der Länder, sowie der Parlamente werden dieser Sitzung beiwohnen. Das neue Heim befindet sich in einem Umbau des früheren Wilhelmsgymnasiums in der Bellevuestraße.

Ein Staatspräsident in Bayern?

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages beschäftigte sich mit dem Antrage der Bayerischen Volkspartei auf Schaffung eines Staatspräsidenten. Nach längerer Aussprache wurde schließlich der Antrag in der Abstimmung mit einer Ergänzung des Abg. Dr. Hilpert (Bayr. Volksp.), wonach der Staatspräsident vom Volke zu wählen ist, mit 15 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Die Antwort aus England.

Reuter meldet, daß die Entscheidung der Ministerpräsidenten über die deutsche Note vorgestern abend in Form einer kurzen aber höflichen Antwortnote Bonar Laws an Dr. Cuno nach Berlin geschickt wurde. Bonar Law erklärt darin, daß die Vorschläge geprüft worden seien. Er fügt aber mit dem Ausdruck seines Bedauerns hinzu, daß die Ministerpräsidenten der Ansicht seien, in den Vorschlägen unter den gegenwärtigen Umständen keine Lösung der Reparationsschwierigkeiten zu finden.

Der Kongreß im Haag.

Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene Weltfriedenskongreß wurde, wie schon mitgeteilt, am Sonntag eröffnet. Der Präsident J. H. Thomas brachte in seiner Eröffnungsrede dem gastfreundlichen Holland seinen Gruß dar und verwies auf das große Ziel, dessentwegen Abordnungen aus der ganzen Welt sich im Haag versammelt hätten. Der Vorsitzende des niederländischen Gewerkschaftsverbandes, Stenhuis, hieß die Teilnehmer im Namen der niederländischen Gewerkschaften willkommen. Der Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Troelstra, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Niederlande zum Sitz des Kongresses gewählt worden seien. Holland, das von den Schrecken des Krieges verschont geblieben sei, müsse es als seine Pflicht betrachten, den Kampf gegen den Krieg so energisch wie nur möglich zu unterstützen. Holland sei nicht in der Lage, sich im Kriegsfalle wirksam zu verteidigen. Seine Hoffnungen richteten sich daher auf die Anstrengungen der organisierten Arbeiter aller Länder gegen den Krieg. Das einzige Bündnis, das man annehmen könne, sei das Bündnis mit dem Proletariat aller Länder.

Nachdem der Abg. Albarda den Kongreß im Namen der Haager Gewerkschaften begrüßt hatte, stellte Präsident Thomas die Anwesenheit von 600 Delegierten, die 24 Nationen und 14 Millionen Menschen vertreten, fest und erinnerte an die früher im Haag abgehaltenen Friedenskonferenzen von 1899 und 1907. Auf beiden seien große Kriege gefolgt, aber dadurch werde man sich nicht zum Pessimismus verleiten lassen, denn diese früheren Konferenzen seien von Regierungen einberufen worden und die Delegierten seien Diplomaten gewesen, während die gegenwärtige Versammlung die arbeitende Bevölkerung der ganzen Welt vertrete, die sich am wirtschaftliche Streitigkeiten nicht kümmere und kein Interesse am Kriege habe. Die Bilanz des Weltkrieges 1914 bis 1918 weise den Tod von 35½ Millionen Menschen und eine ungeheure Vermehrung der Staatsschulden auf. Diese Schulden müßten von den Arbeitern bezahlt werden. Die Regierungen hätten sich um die Lehren des Weltkrieges nicht gekümmert, und so sei es denn Sache des Proletariats, sich der großen Aufgabe, der Rettung der Zivilisation zuzuwenden. Der Vorsitzende schloß mit den Worten: Trennen wir uns nicht in einzelne Mächte und Klassen, errichten wir auf den Ruinen der Gegenwart eine sichere, gesunde und wahrhafte Basis. Die Augen von Millionen Menschen sind auf diesen Kongreß gerichtet, denn die Verwirklichung der heiligen Sache des Friedens bedeutet die Verbrüderung der ganzen Menschheit, der ganzen Welt. (Großer Beifall.)

Um den gesetzlichen Versammlungsschutz.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde der Antrag Dr. Stresemann angenommen, welcher eine Aenderung des Strafgesetzbuches dahin herbeiführen will, daß nicht verbotene Versammlungen gegen Verhinderung und Sprengung geschützt werden, in erster Lesung angenommen. Auch wurde einem Antrage Dr. Barth (Dnt.) zugestimmt, der auch den Versuch unter Strafe stellen will. Unsere Genossen haben sich, wie schon vor acht Tagen mitgeteilt, gegen diese aus dem Lager der Rechtsparteien stammenden Anträge ausgesprochen. Sie haben diesen Standpunkt auch gestern vertreten. Auch der Regierung sind sie nicht genehm.

Politische Rundschau.

Polizeilicher Zwang bei Durchführung von Wohnungsbeschlagnahmen. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Auf Grund der Wohnungsmangel-Verordnung hat der Minister für Volkswohlfahrt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers für den Umfang des preußischen Staates angeordnet, daß zur Räumung beschlagnahmter Wohnungen und sonstiger beschlagnahmter Räume, sowie zur Durchführung eines Zwangsmietvertrages erforderlichenfalls unmittelbarer polizeilicher Zwang angewandt werden kann.

Politische Notizen. Die Beschwerde gegen das vom Leipziger Polizeipräsidium erlassene Verbot der Zeitschrift „Der Hammer" und die Beschwerde gegen das Verbot der „Tilsiter Zeitung" ist vom Staatsgerichtshof verworfen worden.

Mittagskurse.

	13. Dezember	12. Dezember
Amerikanischer Dollar	Mk. 8100	Mk. 8250
Holländischer Gulden	„ 3180	„ 3275
Englisches Pfund	„ 36[illegible]0	„ 37600
Dänische Krone	„ 1650	„ 1675

Landesbibliothek Oldenburg

Die ungarischen Sozialdemokraten im Parlament.

Von unserem Budapester Korrespondenten wird uns geschrieben: Es dürfte nicht uninteressant sein, über das Einziehen der Sozialdemokraten in die ungarische Gesetzgebung etwas Authentisches zu erfahren, zumal die bisher hierüber in den ausländischen Blättern erschienenen Nachrichten kein klares Bild bieten. Als das Mandat der ersten Nationalversammlung, das auf zwei Jahre festgelegt wurde, ablief, ohne daß die Regierung Bethlen dafür gesorgt hatte, ein neues Wahlgesetz zu schaffen, hat sie mittels Verordnung ein Wahlrecht dekretiert, wodurch die Zahl der Wähler zur ersten Nationalversammlung um 1 500 000 Stimmberechtigte geringer und das Wahlrecht auf dem flachen Lande und in den Städten ohne Munizipalrecht ein öffentliches wurde, das gelegentlich der Wahlen der ersten Nationalversammlung auf der ganzen Linie geheim war.

Warum die Sozialdemokraten an den Wahlen zur ersten Nationalversammlung nicht teilgenommen haben, ist zur Genüge bekannt. Ihre Erfolge bei den im Frühjahre durchgeführten Nationalversammlungswahlen sind aber um so höher zu werten, weil sie trotz des retrograden Wahlrechts, auf dessen Basis die zweite Nationalversammlung gewählt wurde, in diese mit 24 Mandaten einziehen konnten. Bedeutend mehr als die Partei selbst erhoffte. Sie haben nahezu 300 000 Stimmen auf sich vereinigt. Die sozialdemokratische Parlamentsfraktion ist augenblicklich die zweitstärkste Partei in der ungarischen Nationalversammlung. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß dem Erscheinen der Sozialdemokraten in der Legislative, in der bisher trotz Weltkrieges, Revolutionen und Gegenrevolutionen die berufenen Vertreter der breiten Massen fehlten, von allen Seiten mit gespanntem Interesse entgegengesehen wurde. Der Empfang, der der sozialdemokratischen Fraktion von den Regierungsparteien und auch von einem Teil der Opposition bereitet wurde, war kein freundlicher. Die erprobten Kampfhähne unserer Partei ließen sich aber nicht aus der Fassung bringen. Sie stellten den fortgesetzten Angriffen gegenüber, die aus dem reaktionären Regierungslager gegen sie gerichtet wurden, ihren Mann, indem sie eine geschlossene Phalanx bildeten, an der die angewendete mala fides keinen Schaden anzurichten vermochte. Die sozialdemokratische Fraktion hat durch ihren Führer, den Genossen Julius Peidl, eine Erklärung abgegeben, in der ausgeführt wurde, daß Ungarn keine Wiedergutmachung leisten kann, die Revision des Trianoner Friedens gefordert und in bezug auf die Staatsform die Volksabstimmung verlangt wird. Ferner wurde das Verlangen nach Amnestie aufgestellt und zum Schluß besagte die Erklärung positiv, daß die Partei im Interesse des Wiederaufbaues des Landes bereit sei mitzuarbeiten, wenn die Regierung diesen Wiederaufbau im demokratischen Geiste bewerkstelligt. Die bürgerlich-freisinnige Opposition nahm diese Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten mit lebhaftem Beifall entgegen. Dagegen setzten die Reaktionäre der Nationalversammlung ihre Verleumdungskampagne gegen unsere Partei fort, so daß alle Bemühungen, die die sozialdemokratische Fraktion im Verein mit der freisinnigen bürgerlichen Opposition aufwendete, um eine frische Luft, einen neuen Geist in die gesetzgebende Körperschaft zu bringen, sich vorläufig als vergeblich erweisen.

Die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion während der ersten Sitzungsperiode, die drei Monate dauerte, erschöpfte sich einesteils in einer scharfen Kritik, zum andern aber in der Aufstellung von Forderungen, deren sofortiger Durchführung nichts anderes als die Sonderinteressen der die parlamentarische Mehrheit bildenden Parteien im Wege stehen. Mögen die Vorschläge und Einwendungen der Opposition noch so einleuchtend sein, sie fruchten nichts, denn der sogenannte christliche Kurs mit seinen mittelalterlichen Einrichtungen wie: Internierungen, Versammlungsverboten, Preßverfolgungen usw. kann seine Herrschaft anders als durch Führen eines strengen Regiments nicht aufrechterhalten. Doch wir wollen nicht einseitig erscheinen und stellen daher gern fest, daß der Regierungschef, Graf Stephan Bethlen, und seine Ministerkollegen, insbesondere der Minister des Innern, immer wieder davon sprechen, das Land der Konsolidation durch Demokratie entgegenzuführen. Aber so oft es zu einer Handlung kommt, ergibt sich das gerade Gegenteil. Die Vorschläge der Sozialdemokratie gegen die Teuerung, die Forderung nach politischer Amnestie, nach Liquidierung der Gegenrevolution und der Emigration aber fand starke Ablehnung. Die Autonomie der Arbeiterversicherung ist schon seit drei Jahren aufgehoben.

Die Regierung stützt sich auf die Ausnahmegewalt. Sie gibt Verordnungen mit Umgehung des Parlaments heraus. Statt eines ordnungsgemäßen Budgets kommt sie noch immer mit Provisorien, mit der sogenannten Indemnität. Hierdurch hat die Nationalversammlung keinen Einblick in die finanzielle Wirtschaft, keine Kontrolle darüber, wie die Gelder des Landes verwertet werden. Das Budgetprovisorium wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen bürgerlichen Opposition angenommen. Dieses Provisorium läuft Ende dieses Jahres ab und die Regierung tritt an die Nationalversammlung abermals mit einem Provisorium heran. Das Land aber befindet sich in einer höchst schwierigen finanziellen Lage. Die in der Nationalversammlung eingebrachten und angenommenen Steuervorlagen helfen an dieser Lage nur wenig, denn die neuen Steuergesetze schonen die besitzende Klasse, während die breiten Massen die größeren Lasten zu tragen haben. Die sozialdemokratische Fraktion hat hiergegen einen erbitterten Kampf geführt und wollte die Grundwertsteuer zum Gesetz erheben. Leider aber vergeblich. Der Geist der gegenwärtigen Nationalversammlung ist derselbe wie der der ersten. Erst wenn dieser Geist der Vergangenheit angehören wird, kann an den tatsächlichen Wiederaufbau des Landes gedacht werden. Die Arbeiterschaft und die fortschrittliche Bürgerschaft genießen selbst zum Schaden des Volkes nicht die primitivsten Freiheitsrechte.

Das sind tiefbetrübende Tatsachen, die aber nicht Ursache zur Verzagtheit sein dürfen. Die sozialdemokratische Partei ist der felsenfesten Ueberzeugung, daß ihr Kampf um die Demokratie kein vergeblicher sein wird, wenn sie in diesem nicht allein bleibt, sondern alle freiheitlichen Elemente sich zusammenscharen, um die Reaktionäre, die nicht in das zwanzigste Jahrhundert gehören, aus dem Sattel zu heben. In dieser Ueberzeugung geht die sozialdemokratische Fraktion an die parlamentarische Arbeit der zweiten Sitzungsperiode der ungarischen Nationalversammlung, in der u. a. die Mandatsdauer des Staatsoberhauptes und das Wahlrechtsgesetz zum Gegenstand der Beratung kommen dürfte. Es besteht daher alle Aussicht, daß die zweite Sitzungsperiode der ersten in bezug auf stürmischen Verlauf nicht nachstehen werde.

Oldenburg.

Die Erziehung als Mittelpunkt der Jugendamtsarbeit. So lautet das Thema, das Universitätsprofessor Dr. Klumker-Frankfurt a. M. am Montag den 18. Dezember, abends 8 Uhr, in der Seminaraula zu Oldenburg im Anschluß an den Lehrerwohlfahrtskursus, der am Morgen um 9 Uhr beginnt, für weiteste Kreise erörtern wird. Besonderes Interesse dürfte dieser Vortrag gewiß auch bei den Verwaltungsbehörden finden.

Oldenburger Landestheater. Donnerstag wird die Neuinszenierung von „Clavigo", die in ganz Deutschland Aufsehen erregt hat und in Oldenburg so widersprechende Urteile fand, in der Besetzung der Erstaufführung wiederholt. — Freitag wird Lortzings komische Oper „Der Wildschütz" gegeben. — Für die am Sonnabend nachmittag stattfindende Uraufführung des Weihnachtsmärchens „Das Wunderspielzeug des schlimmen Peter" gibt sich allerseits das größte Interesse kund. Das Stück hat vier Akte, die folgende Untertitel führen: 1. Die Weihnachtsüberraschung. 2. Im Negerland. 3. Bei den Chinesen. 4. Der Wanderzirkus. Der dritte Akt enthält ein großes chinesisches Kinderballett, das Frau Belling-Schäfer einstudiert. Der letzte Akt enthält ein Märchentitelschattenspiel. Der Kartenverkauf für dieses Stück, das Sonntag nachmittag und abend wiederholt wird, hat begonnen.

Tagesbericht der Polizei. Gestohlen wurden: in den letzten Tagen von dem Hintergebäude (Stall) des Hauses Damm 37 ein 2 Meter langes Bleirohr; in der Zeit vom 5. Dezember von dem vor dem Hause Auguststraße 69 befindlichen Gitter die Verzierungen; am 9. Dezember aus einem Café an der Langen Straße von einem Garderobenständer ein brauner Winterüberzieher, ohne Futter, mit aufgenähten Taschen, grünlichen Knöpfen. In der Tasche befand sich ein blauweiß gestreiftes Taschentuch; am 9. Dezember aus zwei Kisten, die im Keller des Hauses Heiligengeiststraße 27 lagerten, je 4 Pfund Margarine. — Festgenommen wurde am 9. Dezember wegen Diebstahls von 400 Kilogramm Gußeisen und 2 Zentnern Kohlen von einem im Hafen liegenden Dampfer der Arbeiter D. Sch. aus Eversten.

Osternburg. Parteiversammlung. Freitag den 15. Dezember, abends 8 Uhr, bei Reuße. Parteiversammlung.

Ohmstede-Ofenerdiek. Oeffentliche Versammlung. Die Ortsgruppe Ohmstede der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hält am Sonnabend den 16. Dezember im Schiefen Stiefel eine öffentliche Volksversammlung ab. Das Referat über „Die Partei und ihre Tätigkeit in der Gemeinde" hat Landtagsabgeordneter Krause übernommen. Im übrigen sollen Ofenerdieker Angelegenheiten, als Bahnhof-, Konsum- und Schulfragen, besprochen werden. Die Gründung einer Ortsgruppe der VSPD. ist geplant.

Aus dem Lande und den Nachbarprovinzen.

Roffhausen. Elternabend. Am Sonnabend den 9. Dezember fand in Mariensiel ein Elternabend der Schule Roffhausen-Middelsfähr statt, welcher außerordentlich gut besucht war. Die Vorführungen der Kinder fanden reichen Beifall, selbst diejenigen, von denen man gewöhnt ist, daß alles unter die Lupe der Kritik gestellt werden muß, fanden kein Wort des Tadels. Bei den ganzen Vorführungen hatte man das Gefühl, als wenn hier Lehrer und Kinder zusammengehören wie eine große Familie und nicht wie man es leider so oft antrifft, der gefürchtete Schulmeister und die ungezogenen Kinder, denn sonst wäre ein so schöner Erfolg wohl kaum möglich gewesen. Besonders fand das fünfaktige Märchenspiel „Rotkäppchen" reichen Beifall, man konnte die helle Stimme der kleinen Darsteller in dem äußersten Winkel des geräumigen Saales deutlich verstehen. Auch fanden die altdeutschen Tänze, welche von den Kindern auf der Bühne vorgeführt wurden, reichen Beifall. Nicht vergessen wollen wir auch die Mandolinenspieler, welche von den Lehrern ausgebildet worden sind; dieselben zeigten in ihren vorgeführten lebenden Bildern und Musikaufführungen ein schönes Zusammenspiel. Es wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß ein solcher Abend öfter veranstaltet werden möchte, auch ist dieses im Interesse von Schule und Haus sehr wünschenswert.

Heidmühle-Schortens. Vortragsabend. Es sei nochmals auf den heute abend 7½ Uhr im Lokal des Herrn Schütt stattfindenden Vortragsabend hingewiesen. Wer einige heitere Stunden verleben will, darf diesen Abend nicht versäumen.

Neuenburg. Die Starkstromleitung durchschlagen. Beim Fällen von großen Eichenbäumen bei der Schulenbergschen Villa, das von dem Stellmacher Oltmanns in Zetel vorgenommen wurde, fiel bei den böigen Winden ein Baum vorzeitig um. Dabei wurde die Starkstromleitung durchgeschlagen, so daß Neuenburg ohne Licht war. Wie leicht hätten hier größere Unglücksfälle vorkommen können. Deshalb Vorsicht beim Fällen von Bäumen in der Nähe von Starkstromleitungen.

Rastede. Entwicklung. Ein industrielles Unternehmen in unserer Gemeinde, die Dampfsägerei von Eilers, wurde vor einiger Zeit in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Vertrauen, das man der Dampfsägerei entgegenbringt, kommt auch deutlich in der Wertsteigerung der Aktien zum Ausdruck. Vor 14 Tagen wurden sie an der Börse mit 350 gehandelt, wenige Tage darauf stiegen sie auf 600, und gestern wurden 840 dafür bezahlt. Das Werk versorgt die ganze Gegend mit Strom und ist dabei unabhängig von Kohlen und Torf, weil es die eigenen Holzabfälle zur Heizung verwendet.

Geestemünde. Tannenbäume 300 Mark. Die ersten Tannenbäume waren am Sonnabend auf dem Wochenmarkt angefahren worden. Die Preise, die dafür verlangt wurden, waren recht „gesalzen". Sollte doch ein kleines, etwa anderthalb Meter hohes Bäumchen, mehr Besen als Tannenbaum, nicht weniger als 300 Mark kosten. Begreiflicherweise schlugen unsere Frauen, die gerne ein Bäumchen für ihre Kinder erstehen wollten, die Hände über'm Kopf zusammen mit der Hoffnung, daß die Konkurrenz vielleicht noch mit billigeren Preisen aufwartet. Zweckdienlich wird es jedenfalls sein, wenn unsere Wucherpolizei auch auf diesem Gebiete einmal nach dem Rechten sieht.

Bremerhaven. „George Washington" in Kollision. Ueber eine Kollision des von Neuyork kommenden amerikanischen Dampfers „George Washington" wird aus Holland unterm 7. Dezember berichtet: „In der Nacht sind im Nebel der amerikanische Dampfer „George Washington" und der englische Dampfer „Clyne Rock" im englischen Kanal miteinander in Kollision gewesen. „Clyne Rock" ist mit beschädigtem Bug und leck in Dover angekommen. „George Washington", von Neuyork nach Bremerhaven, setzte die Reise fort. Der Dampfer „George Washington", der USL., hat nur ganz geringfügigen Schaden oberhalb der Wasserlinie erhalten. Die Expedition des Schiffes erfolgt pünktlich.

Leer. Für die Kinderspeisung. Der durch frühere Spenden bekannt gewordene Leeraner Kaufmann Willi Borchers in Afrika sandte jetzt wieder einen Betrag von 700 000 Mark für die Kinderspeisung, der Molkereiverband Leer stiftete für denselben Zweck 150 000 Mark und eine hiesige Gesellschaft, die nicht genannt sein möchte, stellte einen Betrag von 500 000 Mark für die Volksküche zur Verfügung.

Osnabrück. Arbeitslage. Die städtischen Kollegien beschäftigten sich mit der Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen. Der Leiter des Arbeitsamtes, Genosse Beeper, machte einige Ausführungen über die Arbeitslage. Daraus ist zu ersehen, daß in Osnabrück die Arbeitslosigkeit nicht groß gewesen ist. Zurzeit ist überhaupt kein Arbeitsloser zu unterstützen, doch liegen eine Anzahl Anträge (etwa 20) vor, und muß mit einer weiteren Steigerung gerechnet werden. In der Tabakindustrie sind zirka 20 männliche und 50 weibliche Personen arbeitslos. Die männlichen Personen erhalten größtenteils Unterstützungen aus der Tabaksteuer. In der Textilindustrie wird teilweise nur fünf bzw. vier Tage pro Woche gearbeitet. Eine Firma hat mitgeteilt, daß sie für Januar größere Arbeitslosigkeit befürchtet. Die Metallindustrie ist noch verhältnismäßig gut beschäftigt. Im Baugewerbe bringt die Jahreszeit Arbeitslosigkeit mit sich, doch liegen immerhin eine Anzahl Bauanträge vor. Trotzdem ist die Lage kritisch, zumal die Firma Kupfer- und Drahtwerk mitgeteilt hat, daß sie etwa 150 Bauarbeiter entlassen müsse, wenn ihr nicht die Baugenehmigung für die Arbeiterwohnhäuser erteilt werde. Arbeitsstreckung hat auch die Wäschefabrik Overmeier vorgenommen.

Aus aller Welt.

Ein Pfefferattentat.

Berliner Blätter berichten: Ein ungewöhnlich dreister Raubüberfall wurde in der Poststraße verübt. Als die 14 Jahre alte Verkäuferin Margarete Abend aus der Müllerstraße 175 durch die Poststraße kam, schüttete ihr vor dem Hause Nummer 28 ein junger Mann Pfeffer in die Augen, so daß sie nicht mehr sehen konnte. Dann entriß er ihr die Aktentasche, in der sich 100 000 Mark befanden, die sie zur Bank bringen sollte, und versuchte damit davonzulaufen. Auf die Hilferufe des überfallenen Mädchens nahmen Passanten die Verfolgung des Räubers auf, holten ihn auch ein und nahmen ihm die Aktentasche ab. Der Räuber wurde der Kriminalpolizei übergeben, die ihn als einen 27 Jahre alten Handlungsgehilfen feststellte.

Gerichtliches.

Strafkammer Aurich in Wilhelmshaven am 11. Dezember. Angeklagt war der Magazinaufseher Sch. hier wegen schwerer Urkundenfälschung und Diebstahls in Tateinheit mit Hehlerei bzw. Begünstigung. Im Jahre 1918/19 waren der freiwilligen Kriegshilfe ungefähr 500 Tonnen Steinkohlen durch einen Unbekannten geliefert worden. Dem Angeklagten wird nun zur Last gelegt, daß er sie besorgt bzw. gewußt habe, wo die Kohlen herstammten. Der Angeklagte behauptet, daß der Maschinist K., welcher inzwischen verstorben ist, zu ihm gekommen sei und ihm gesagt habe, daß er der Kriegshilfe Kohlen besorgt habe, er bekomme dafür 10 Prozent Rabatt. Sch. solle 5 Prozent abhaben, wenn er ihm drei Rechnungen für die Kriegshilfe ausstelle. K. habe Formulare mitgebracht und davon seien zwei für die Firma Meyer und eines für die Firma Schmidt ausgestellt und auch gleich über den Betrag quittiert worden. Wo die Kohlen hergestammt hätten, wisse er nicht, er habe geglaubt, es seien Schieberkohlen. Der Zeuge Schmidt bekundet, daß ihm 1918 gegen 40 Waggons Kohlen verschoben seien. Das Gericht nahm nur schwere Urkundenfälschung in drei Fällen an und verurteilte den Angeklagten Sch. zu einem Jahr Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wurde abgelehnt. — Dem Kaufmann Kurt B. aus Berlin war zur Last gelegt, daß er als Leiter der freiwilligen Kriegshilfe sich dadurch einen Vermögensvorteil erworben habe, daß er bei Aufstellung der Reisespesen unwahre Angaben gemacht haben soll (in fünf Fällen) und sich dadurch der Untreue bzw. des Betruges schuldig gemacht haben soll. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Strafkammer Aurich in Wilhelmshaven am 12. Dezember. Der ehemalige Matrose Karl M. der 8. Komp. Schiffsst.-Abt., zurzeit in Untersuchungshaft, war der Achtungsverletzung gegen einen Vorgesetzten und der gefährlichen Körperverletzung angeklagt. Der Oberdeckoffizier G. wollte zum Revierdienst und ging zur Treppe hinauf. Dort standen mehrere Matrosen, unter denen sich M. befand. Die Matrosen erwiesen dem Oberdeckoffizier die vorgeschriebene Ehrenbezeugung. Nur M. nicht. Darüber zur Rede gestellt, sagte er nur „Wann fährt der Zug" und blies dem Vorgesetzten den Zigarettenrauch ins Gesicht. Der p. Meyer, welcher zur Verbüßung einer Arreststrafe sich im Gefängnis befand, hatte dem revidierenden Beamten infolge eines Vorhalts eine Bürste an den Kopf geworfen, wodurch der Beamte verletzt wurde, außerdem hat er mit dem Schemel nach ihm geworfen, aber nicht getroffen. Der Angeklagte will von der Achtungsverletzung nichts wissen, er sei am Tage vorher sinnlos betrunken gewesen, die Körperverletzung gibt er zu. Die Staatsanwaltschaft beantragt ein Jahr Gefängnis. Das Gericht erkennt auf sieben Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. — Wegen Betruges und Urkundenfälschung war der Klempner Heinrich F. hier, zurzeit in Untersuchungshaft, angeklagt. F. hatte in fünf Fällen Schecks ausgestellt, ohne genügende Deckung auf seinem Konto zu haben, außerdem hat er sein Gegenkontobuch gefälscht, um darauf ein Darlehn zu erhalten. Der Angeklagte ist in vollem Umfange geständig, er will in Not gewesen sein. Die Staatsanwaltschaft nimmt eine fortgesetzte Handlung an, sie beantragt ein Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilt ihn wegen Urkundenfälschung und Betruges zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Nach Verbüßung von noch einem Monat Gefängnis soll ihm eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt werden, wenn er innerhalb eines Jahres seine Gläubiger befriedigt.

§ Schwurgericht Oldenburg. 1. Sitzung, Montag den 11. Dez., vorm. 10 Uhr. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Bothe. Anklagevertreter: Staatsanwaltschaftsrat Schild. Verteidiger: Rechtsanwälte Greving und Ruhstrat. — Ein Nachspiel zu den Plünderungen in Delmenhorst am 24. Juni 1920. Wegen Meineides hatte sich die bis dahin unbescholtene 36jährige Witwe Anna Werner aus Delmenhorst zu verantworten. Der 46jährige Arbeiter Oskar Kübler soll sie dazu angestiftet haben. Er lebte 1920 mit Frau W. zusammen und war bis zum Frühjahr 1920 Hilfspolizist in Delmenhorst. Er beteiligte sich an den Plünderungen im Geschäft von Leffers und eignete sich Kleiderstoffe an, aus dem sich Frau W. ein Kleid anfertigte. Am 11. Dezember 1920 bekundete sie unter Eid vor der Strafkammer in Oldenburg, K. habe das Zeug wieder nach dem Geschäft zurückgebracht, was nicht der Fall war. Daraufhin wurde K. freigesprochen. Als er sich später mit Frau W. überwarf, zeigte er die Sache an, nicht ahnend, welches Grab er sich selbst damit grub. Die Geschworenen bejahten beide Schuldfragen und auch bezüglich der Frau W. die Milderungsfrage, ob sie sich einer strafrechtlichen Verfolgung (wegen Hehlerei) ausgesetzt hätte, wenn sie die unwahre Aussage nicht gemacht hätte. Frau W. kam mit 6 Monaten Gefängnis davon, auch erhielt sie für 4 Monate Strafaufschub. K. wurde zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, verliert 5 Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte und kann als Zeuge oder Sachverständiger eidlich nicht wieder vernommen werden.

2. Sitzung, nachm. 4 Uhr. Ebenfalls wegen Meineides war der 39jährige Schmiedegeselle August Baske aus Werlte bei Löningen angeklagt. Er befand sich 1919 bei dem Schmiedemeister Bicker in Peheim in Stellung und war zugegen, als dieser einen noch in Arbeit befindlichen Wagen an den Landmann Georg Habe verkaufte. Ueber diesen Wagen gerieten beide in einen Prozeß. B. wurde als Zeuge vor das Amtsgericht Cloppenburg geladen und soll dort wider besseres Wissen in mehreren Punkten die Unwahrheit gesagt und u. a. bekundet haben, daß niemals ausbedungen sei, der Wagen müsse 4000 Pfund Tragfähigkeit besitzen. Er war zunächst nur wegen fahrlässigen Falscheides angeklagt. Aber das Schöffengericht Cloppenburg erklärte sich bei der Verhandlung am 7. Oktober d. J. für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht, weil es Meineid als vorliegend erachtete. Staatsanwaltschaftsrat Witte war nach wie vor der Ansicht, daß es sich nur um eine Fahrlässigkeit betreffs der genannten Aussage handeln könne. Verteidiger Justizrat Lohse suchte überzeugend nachzuweisen, daß auch davon nicht die Rede sein könne. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen und der Angeklagte wurde kostenlos freigesprochen.

3. Sitzung, Dienstag den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr. Vorsitzender: Landgerichtsrat Witthauer. Anklagevertreter: Staatsanwaltschaftsrat Dr. Witte. Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Feldhus. Mord oder Totschlag? Die Witwe Frieda Goeken, geb. Osterthun, aus Rüsterfiel, geboren am 20. März 1884 in Osternburg, war angeklagt, im September 1921 ihre unehelich geborenen etwa eine Woche alten Zwillingskinder, Knabe und Mädchen, vorsätzlich getötet zu haben, indem sie das eine in einem Kasten dem Erfrieren aussetzte und das andere am Halse würgte. Die Angeklagte hat Zeugen gegenüber und auch vor dem Untersuchungsrichter ihre Verfehlung zugegeben, jetzt widerruft sie dieses Geständnis. Mit ihr aufgewachsene Zeugen und ärztliche Sachverständige schildern sie als eine schwachbegabte, geistig minderwertige Person. Ihr Mann nahm sich im Herbst 1919 das Leben, seitdem scheint sie jeglichen Halt verloren zu haben. Dr. Münch von der Irrenheilanstalt in Wehnen gibt ein sehr eingehendes Gutachten, nach welchem die freie Willensentschließung zwar vorhanden, eine Ueberlegung jedoch ausgeschlossen gewesen sei. Die den Geschworenen gestellten Fragen lauten auf vorsätzliche Tötung ohne Ueberlegung. Sie wurden bejaht, ebenfalls die Frage nach mildernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und Zubilligung von Strafaufschub für die letzten 6 Monate. Die Verurteilte wird am 2. Januar 1923 aus dem Gefängnis entlassen werden.

Poradt Kinder- und Krankennahrung
für den Säugling ärztlich empfohlen
In den Drogerien und Apotheken zu haben.

Landesbibliothek Oldenburg

Oldenburg und Ostfriesland.

Generalversammlung des Konsumvereins.

Der Konsum- und Sparverein für Rüstringen und Umgegend hielt am 12. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung im „Odeon" ab mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über die Geschäftslage, 2. Aenderungen der Satzungen, 3. Aenderungen der Satzungen für die Sparordnung.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Geschäftsführer Rabe den Bericht. Im ersten Vierteljahr laufenden Geschäftsjahres betrug der Gesamtumsatz 64 270 978 Mk. Im Oktober betrug der Umsatz 63 471 000 Mk. und im November 140 Millionen Mark. Redner ging dann eingehend auf die außerordentlich schwierige Lage, die sich immer noch auf dem Wirtschaftsmarkt bemerkbar macht, ein. Die Geldentwertung schreitet mit rasendem Tempo immer weiter vorwärts. Ein Zustand, der die ganze Geschäftslage außerordentlich schwer beeinflußt. Beim Kartoffelhandel waren Schwierigkeiten kaum zu überwinden. Zunächst hatten wir mit einer späten Ernte zu rechnen, dann trat schlechtes Wetter ein und nachdem diese Schwierigkeiten überwunden waren, erfolgte eine planlose Anlieferung der Kartoffeln. Ueber Preise konnte man nichts erfahren, erst bei der Anlieferung wurde derselbe telegraphisch mitgeteilt. Hinzu kam noch, daß die Qualität als minderwertig bezeichnet werden muß. Wenn für die Zukunft keine besseren Verhältnisse eintreten, wird es sich die Verwaltung überlegen, ob der Kartoffelhandel weiter betrieben werden soll.

Mit sichtlicher Aufmerksamkeit wurden die Ausführungen des Redners verfolgt, wie er über den großen Geldbedarf berichtete. Jeder Lieferant fordert bis zu vier Fünfteln der zu liefernden Ware im voraus bezahlt, der Rest muß bei der Lieferung beglichen werden. Ganz besonders groß ist der Geldbedarf bei der Zuckerversorgung. Fünf Wochen vor Anlieferung des Zuckers muß das ganze Quantum im voraus bezahlt werden. So mußte beispielsweise der Konsumverein für die Oktoberbelieferung 5 Millionen, für November bis zu 10 Millionen Mark im voraus an die Zuckerbewirtschaftsstelle abführen. Für die Dezember- und Januarlieferung werden insgesamt 30 Millionen Mark notwendig sein. Da der Konsumverein aber auch noch weitere Waren als Zucker für seine Mitglieder haben muß, ist es selbstverständlich, daß ungeheure Summen notwendig sind, um die Geschäfte im Gange zu halten. Der Konsumverein ist auf seine Selbsthilfe angewiesen. Wird Privatkapital beansprucht, so haben die Mitglieder die Kosten zu tragen.

Die Gesamtverwaltung des Konsumvereins und der Mitgliederausschuß haben sich in eingehender Weise mit der Geldbeschaffung für den Konsumverein beschäftigt. Man habe es als selbstverständlich betrachtet, daß die Mitglieder ihrem Geschäft das nötige Geld zur Verfügung stellen müssen. Aus diesem Grunde schlagen die Gesamtverwaltung und der Mitgliederausschuß vor, den Geschäftsanteil von 2000 auf 6000 Mark zu erhöhen. Ferner müsse aber auch verlangt werden, daß die Geschäftsanteile so schnell als möglich voll eingezahlt werden, und daher wurde beschlossen, daß bis zu einer ganz bestimmten Frist entsprechende Summen einzuzahlen sind. Mitglieder, die sich weigern, diesem Beschluß nachzukommen, werden von der Warenentnahme ausgeschlossen. Redner hofft, daß die Verwaltung von dieser Maßnahme keinen Gebrauch machen braucht.

Die geplante Umsatzsteuer von seiten der Regierung wurde alsdann noch zur Erörterung gebracht. Der Berichterstatter wies haarscharf nach, welche kolossale Belastung diese Steuer für die Konsumvereine mit sich bringt. In verschiedenen Konferenzen haben sich die Vertreter der Konsumvereine damit beschäftigt und ist überall ein scharfer Protest gegen die Einführung erhoben worden. Es sei notwendig, daß die Mitglieder des Konsumvereins, da, wo es irgend möglich ist, gegen diese Steuer stimmen. Die Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften müssen auf diese schwere Belastung, die den Konsumvereinen droht, aufmerksam gemacht werden. Es muß alles versucht werden, die beabsichtigte Steuer zu Fall zu bringen. Redner schloß mit dem Appell, den Antrag der Verwaltung in bezug auf Geldbeschaffung zu unterstützen und im übrigen dem Geschäft die nötige Aufmerksamkeit entgegenzubringen.

Es folgte nunmehr eine ausgiebige Aussprache. Alle Redner waren von der Notwendigkeit der Geldbeschaffung überzeugt, wenn auch einige Bedenken dagegen anführten. Daß das Geld so schnell wie möglich dem Geschäft zur Verfügung gestellt werden muß, darüber waren sich sämtliche Redner einig. Ueber das „Wie" gingen die Ansichten auseinander. Nachdem Schluß der Aussprache eingetreten war, ging der Berichterstatter in seinem Schlußwort noch des Näheren auf irrige Ansichten ein und stellte diese richtig. Bei der erfolgten Abstimmung über den Antrag der Gesamtverwaltung und des Mitgliederausschusses konnte einstimmige Annahme festgestellt werden. — Die weiteren Aenderungen der Satzungen wurden, wie vorgeschlagen, von der Versammlung beschlossen. Auch die Satzungsänderung für die Sparordnung der Sparkasse fand einstimmige Annahme. Hierauf erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Aus aller Welt.

Taschendiebe stehlen 10 Millionen.

Brillantenschmuck und ausländische Banknoten im Werte von 10 Millionen Mark wurden einer in einem Berliner Hotel wohnenden Amerikanerin auf der Heimkehr vom Theater in einem Autobus von Taschendieben gestohlen, die ein künstliches Gedränge inszeniert hatten. Auf die Ermittelung des gestohlenen Gutes wurde eine Belohnung von 500 000 Mark ausgesetzt.

Lynchjustiz in Berlin.

Aus Berlin wird berichtet: In der Brunnenstraße in Berlin überfiel ein 18jähriger Schüler eine Verkäuferin, die 200 000 Mark vom Postscheckamt abgehoben hatte. Er stach ihr mit einem Messer in den Rücken, entriß ihr das Geld und entfloh. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen herbeigeeilte Passanten verfolgten den Räuber, ergriffen ihn und schlugen so lange auf ihn ein, bis er bewußtlos zusammenbrach. Der Räuber und sein Opfer wurden ins Krankenhaus gebracht.

Das Grab Heinrich Heines. Vor zwanzig Jahren, aus Anlaß des hundertsten Geburtstages Heinrich Heines, hatte die „Frankfurter Zeitung" eine Sammlung veranstaltet, aus deren Erträgnissen dauernd ein Blumenschmuck auf dem Dichtergrabe im Friedhof Montmartre unterhalten wurde. Die Pariser Gärtnerfirma Desclers hatte es übernommen, für die stete Erneuerung der Blumen zu sorgen, und seit zwei Jahrzehnten sich der Aufgabe gewidmet. Der Krieg unterbrach die Verbindungen. Die furchtbare Markentwertung hat es nun der „Frankf. Ztg." unmöglich gemacht, den Frankenbetrag der erwachsenden Kosten aufzubringen. Sie setzte der Gärtnerfirma die Lage auseinander und erhielt darauf folgenden Brief:

„Wir verstehen vollkommen, daß die gegenwärtige Lage für alle Welt unglücklich ist. Während des Krieges haben wir das Grab des großen Dichters stets unterhalten, und wir haben auch Ihrer Bitte entsprechend die Absicht, nicht damit aufzuhören. Wie in der Vergangenheit werden wir das Grab pflegen, und wenn die Lage sich wiederherstellt, wie es sich gehört, dann werden Sie unser Schuldner sein; wenn im Gegenteil die Lage nicht wiederhergestellt wird, dann schulden Sie uns nichts."

Die „Frankf. Ztg." begnügt sich, den Wortlaut in deutscher Uebersetzung zu veröffentlichen. Er spricht in seiner schönen Einfachheit für sich selbst.

Oldenburger Anzeigenteil

Vereinigte Sozialdemokr. Partei Deutschlands

V.S.P.D.

Ortsverein Oldenburg.

Freitag, den 15. Dezember 1922, abends 7.30 Uhr, im Gewerkschaftshause, Kurwickstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Milchfrage im Landtag. Referent: Gen. Heitmann. 2. Quartalsabschluß. 3. Parteifragen.

Wir ersuchen unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Mitgliedsbücher bitten wir mitbringen zu wollen. (5916) **Der Vorstand.**

Ofenerdiek.

Am Sonnabend, den 16. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Schiefen Stiefel:

Oeffentl. Volks-Versammlung.

— Tages-Ordnung: —
1. Die Partei und ihre Tätigkeit in der Gemeinde (Ref. Landtagsabgeordneter Krause).
2. Ofenerdieker Angelegenheiten.
3. Gründung einer Ortsgruppe für Ofenerdiek und Umgegend.

Aufklärung tut not. Wir bitten um regen Besuch. [5915

Der Vorstand der V.S.P.D.
Ortsgruppe Ohmstede.

Hamburger Fell-Einkaufsstelle

Zahle für
Hasenfelle . . . . bis 800 Mk.
Kaninfelle . . . . „ 1000 Mk.
Wild-Kanin . . . . „ 300 Mk.
Maulwürfe . . . . „ 250 Mk.
Katzenfelle . . . . „ 1500 Mk.
Ziegenfelle . . . . „ 4000 Mk.
Pferdeschweifhaare per Kilo bis 4500 Mk.
Bienenwachs . . . per Kilo 2600 Mk.
Für Marder, Iltisse, Füchse usw. zahle Hamburger Börsen-Tagespreise.
Eisenbahnfahrt wird vergütet.

Hoffmann, Achternstraße 7.
Eingang Laden, durch Hausflur.

Oldenburger Landestheater.

Datum	Ab.	Kassen-Preise	Vorstellung
Donnerstag, 14. Dez., 7.30 Uhr.	48.	II.	„Clavigo"
Freitag, 15. Dez., 7.30 Uhr.	49.	I.	Der Wildschütz.
Sonnabend, 16. Dez., 3.30 Uhr.	—	II.	Das Wunderspielzeug des schlimmen Peter
Sonntag, 17. Dez., 3.30 Uhr.	—	II.	Das Wunderspielzeug des schlimmen Peter
Sonntag, 17. Dez., 7.30 Uhr.	50.	II.	Das Wunderspielzeug des schlimmen Peter

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 12. d. M. wird der **Höchstpreis** für 1 Zentner **Hausbrandkohle** ab Lager des Händlers ab 1. 12. 22 auf 2460.— Mk. festgesetzt. Bei Lieferung frei Haus erhöht sich der Preis um 93.00 Mark.
Rüstringen-Wilhelmshaven, 13. Dezbr. 1922.
Stadtmagistrat Rüstringen.
Der Magistrat der Stadt Wilhelmshaven.

Infolge Erhöhung der Zechenpreise werden die **Höchstpreise für Brennstoffe** ab heute per Zentner wie folgt festgesetzt: Anthrazit I 2640.— Mark, Anthrazit II 2887.— Mk., Anthrazit III 2644.— Mk., Zechenkoks I/II 2942.— Mk., Zechenkoks III 2816.— Mk., Zechenkoks IV 2600.— Mk., Gießerei-Koks 2634.— Mark, Eiform-Briketts 3120.— Mk., Braunkohlen-Briketts: G.R. und B. (Wasserbezug) 1668.— Mk., Union (Wasserbezug) 1661.— Mk. Die Preise für Hausbrandkohlen werden später bekannt gegeben. Bei Lieferung frei Haus erhöhen sich die Preise um 93.— Mk. per Zentner. [5921
Rüstringen/Wilhelmshaven, 12. Dezbr. 1922.
Stadtmagistrat Rüstringen.
Magistrat der Stadt Wilhelmshaven.

Rüstringen.

Die Nummern 32 der 35-Zentner- und 18 der 20-Zentner-**Kohlenkarte** werden hiermit zur Belieferung mit Briketts freigegeben.
Rüstringen, den 12. Dezember 1922.
Ortskohlenstelle.

Wilhelmshaven.

Bekanntmachung.

Die Gebührenordnung für unsere städtische Desinfektionsanstalt ist mit Wirkung vom 13. November d. J. geändert worden.
Interessenten können Auskunft im Rathause, Zimmer 19, erhalten. [5949
Wilhelmshaven, den 11. Dezember 1922.
Der Magistrat Jäger.

Zu verkaufen
Auszg.-Tische, Rauchtische und Küchenbänke (neu) z. vk. Trüper, Mellumst. 18.

Futter-kartoffeln
Zentner 650 Mk.
Abgabe Donnerstag und Freitag im Keller neben dem Arbeitsamt, Eingang Gökerstraße. [59..

Waren-Vertrieb
A. G.

Zweiräder. Handwagen zu verk. Werftstr. 26.

Ankauf gesucht
Guterh. Hand-Nähmaschine zu kauf. ges. G. Schneider Oldenburger Straße.

Kaufe dauernd
neue und getr. Herrenanzüge, Mäntel, Damen- und Kinder-Kleidung, Marine-Kleidungsstücke Sweaters, Schuhe, Wäsche, Decken und Arbeitszeug. [4078
Kramer
An- und Verkauf
Grenzstraße 57.
Tel. 1123.

Kaufe laufend jeden Posten [5129
Metalle
Spiers, Königstraße 50, 2. St.

Einzelne Möbel sowie ganze Hausstände kaufen laufend **Carstens & Precht** Müller-, Ecke Ulmenstr. Telephon 2150.

Ich kaufe
Möbel, Nähmaschinen, Geldschränke, Klaviere, gebrauchte Fahrräder und zahle dafür die höchsten Preise
W. Janßen
Peterstr. 60 — Tel. 697

Altpapier
zum Einstampfen, für Anfertigung von Neupapier, kauft zu höchsten Tagespreisen
H. Brunken, Papierwarenfabrik, Wilhelmshaven, Luisenstraße 26. Telephon 1192. Annahme von 8 b. 4 Uhr

Klavier
zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. 5496 a. d. Exped. d. Blattes.

Kaufe laufend
Oel, Farben, Pinsel. **Fischer**, Gerichtstr. 26

Zu kaufen gesucht
Dackelhund
Offerten unter R. 5050 erbeten.

Konsum- und Sparverein Unterweser
e. G. m. b. H.
zu Bremerhaven.

Unsere
Sparkasse
nimmt Spareinlagen entgegen und vergütet bei täglicher Verzinsung bei kurzfristiger Kündigung 6 % u. bei halbjährl. Kündigung 8 % Zinsen.

Ein- u. Auszahlungen
können in unseren sämtlichen Warenabgabestellen, im Kontor und auf Postscheckkonto Nr. 46 281, Hamburg, erfolgen.

Ueber 9500 Spareinleger
Gegenwärtiger Einlagenbestand:
Ueber 14 Millionen Mark.

Das Kontor ist geöffnet von 8 bis 12.30 Uhr und von 3 bis 5 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen. **Der Vorstand.**

Nordenham.
Ia Rind-, Kalb-, Hammel- u. Schweinefleisch zu herabgesetzten Preisen empfiehlt
Schlachterei R. Wenige
Peterstraße 42. Telephon 332. [5935

Konsum- und Sparverein „Unterweser"
e. G. m. b. H. zu Bremerhaven.

Wir können bis auf weiteres [5806 **neue Mitglieder nicht mehr aufnehmen. Aus diesem Grunde wird vom 15. Dezember 1922 ab die Mitgliederliste gesperrt.** Von dieser Bestimmung sind die Bezirke ausgenommen, in denen sich neu eröffnete Verteilungsstellen befinden. **Der Vorstand.**

Sämtl. Rohprodukte
wie Eisen, Lumpen u. Altmetalle kauft zu Tagespreisen
M. Kirchhoff, Alte Straße 12
Telephon 937. [3280

Für Platten-Bruch
und abgespielte Schall-Platten zahle Höchstpreise und nehme solche gegen neue in Zahlung.
Musikhaus Anker.
Marktstraße 81. — Fernsprecher 546.

Für den Weihnachtstisch
— empfiehle —
Musik-Instrumente aller Art.
Noten und Musikalien, ff. Saiten, Notenständer, Futterale, Zierbänder f. Lauten, Gitarren und Mandolinen. — Vermietung von Sprechapparaten. Ankauf von abgespielten und zerbrochenen Schallplatten zu höchsten Tagespreisen. Reparaturen von Instrumenten aller Art.
Musikhaus M. Karz
Marktstr. 36. Marktstr. 36.

Gute Bücher
sind stets willkommene
Weihnachts-Geschenke

Wir empfehlen:
- **Brand, Jürgen,** Gerd Wullenweber. Die Geschichte eines jungen Arbeiters . . . Mk. 300.—
- — Das heilige Feuer. Erzählungen für die arbeitende Jugend. 5. Auflage . . . Mk. 300.—
- **Morris,** Kunde von Nirgendwo. 6. Auflage . . . Mk. 300.—
- **Kinderland.** Ein Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes . . . Mk. 150.—
- **Bellamy,** Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887 Mk. 450.—
- **Konrad Haenisch,** Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk . . . Mk. 1050.—
- **Die künftige Betriebsform der Reichsbahn** unter Berücksichtigung der neuesten Entwürfe zum Eisenbahnfinanzgesetz . . . Mk. 80.—
- **Aus der Betriebsräte-Praxis,** 2. Teil. (Ein unentbehrliches Nachschlagebuch für Betriebsräte) . . . Mk. 100.—
- **Vorwärts-Almanach** für 1923 (Ausnahmepreis) . . . Mk. 75.—
- **Arbeiter-Notizkalender** für 1923 . . . Mk. 150.—

Paul Hug & Co.
Peterstraße 76 Rüstringen Telephon 58

Verschiedenes

Hohe Belohnung sichere demjenigen, der mir den Täter, der auf meinem Gelände, Peterstraße, 5 Obstbäume gestohlen hat, nachweist. **Bensch**, Peterstr. 100.

Regulator geg. Bettstelle zu vertauschen, sow. gr. Puppe, Puppenstube u. kl. Kochherd zu verkauf. 5953] Annenstr. 9 II l.

Guter Mittagstisch und Klubzimmer bestens empfohlen. **Frerichs**, Schiller-Mellumstr.-Ecke

Rohrstühle flechtet Invalide **Rauschke**, Heppenser Batterie Nr. 26

Aufarbeiten von Bestecken jeder Art wird prompt und gut ausgeführt. **Sol. Stahlwarenhaus** Marktstraße 20, Filiale Gökerstr. 29. Hohlschleiferei u. Messerschmiede.

Siebenbürger Heim. Empfehle meine Lokalitäten einer freundlichen Beachtung. **Geräumiges Klubzimmer** noch einige Wochentage und Sonntags frei. Spezialität: Echten Stonsdorfer Bittern. 1290] **Paul Duffe.**

Pickel! Mitesser! Ein einfaches, wunderbares Mittel teile gern ebenkostenlos mit Frau **M. Poloni**, Hannover D 502. Schließfach 106.

Schauspielhaus.
Mittwoch 8 1/4 Uhr. Abt 6
Der gr. Heiterkeitserfolg
Die zärtlichen Verwandten.
Karten für Nichtmitglieder an d. Tageskasse

Sonntag, 17. Dez. 7 1/2 Uhr zum 22. Male:
Faust.
Der Vorverkauf hat begonnen.

Freiwillige Feuerwehr Rüstringen
Bezirk I.
Sonnabend, 16. Dezbr., abends 8 Uhr:
Außerordentliche
General-Versammlung
im Vereinslokal.
Das Kommando.

Turnverein „Vorwärts"
e. V., Rüstringen.
Am 16. Dezbr., abends 8.30 Uhr, im Schützenhof
Monats-Versammlung
Wichtige Tagesordnung u. a. Beitragserhöhung und Beerdigungen.
Der Turnrat.

Nasen- u. Gesichtsröte Wunderbar wirkt ein einfaches Mittel, das ich gern jed. kostenl. mitteile **Frau M. Poloni** Hannover D 502. Schließfach 106.

Dienstag morgen 5.30 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden meine innigstgeliebte Frau, mein. Kinder treusorgende Mutter, uns. liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Minna Kraeft
geb. Göb
im 37. Lebensjahre
In tiefer Trauer
Karl Kraeft und Kinder u. Angehörige
Beerdigung am Freitag nachm. 2.30 Uhr v. d. Leichenhalle des Heppenser Friedhofes aus.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Hinscheidens unserer lieben Entschlafenen, insbesondere dem Herren Pastor Tönnießen für eine trostreiche Worte, sagen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank. [5951
August Eiben nebst Kindern u. Angeh.

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 291
36. Jahrgang

Beilage zur Republik.

Mittwoch,
den 13. Dezember 1922

Ausschneiden! Aufbewahren!

Postgebühren ab 15. Dezember 1922.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Dezember 1922 an im Post-, Postscheck- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr 5 Mk., für Postkarten im Fernverkehr 15 Mk.;

für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Mk., über 20 bis 100 Gramm 15 Mk., über 100 bis 250 Gramm 25 Mk., für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 Mk., über 20 bis 100 Gramm 35 Mk., über 100 bis 250 Gramm 45 Mk.;

für Drucksachen bis 25 Gramm 5 Mk., über 25 bis 50 Gramm 10 Mk., über 50 bis 100 Gr. 15 Mk., über 100 bis 250 Gramm 25 Mk., über 250 bis 500 Gramm 35 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 45 Mk., für 1—2 Kilogramm (nur für einzeln versandte, ungeteilte Drucksachen zulässig) 90 Mk.;

für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 5 Mk.;

für Geschäftspapiere und **Mischsendungen** bis 250 Gramm 25 Mk., über 250 bis 500 Gramm 35 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 45 Mk.;

für Warenproben bis 250 Gramm 25 Mk., über 250 bis 500 Gramm 35 Mk.;

für Pakete bis 1 Kilogramm 50 Mk.;

für Pakete	Nahzone	Fernzone
bis 5 Kilogramm	125 M	250 M
über 5 bis 6 „	150 M	300 M
„ 6 „ 7 „	175 M	350 M
„ 7 „ 8 „	200 M	400 M
„ 8 „ 9 „	225 M	450 M
„ 9 „ 10 „	250 M	500 M
„ 10 „ 11 „	310 M	620 M
„ 11 „ 12 „	370 M	740 M
„ 12 „ 13 „	430 M	860 M
„ 13 „ 14 „	450 M	980 M
„ 14 „ 15 „	550 M	1100 M
„ 15 „ 16 „	610 M	1220 M
„ 16 „ 17 „	670 M	1340 M
„ 17 „ 18 „	730 M	1460 M
„ 18 „ 19 „	790 M	1580 M
„ 19 „ 20 „	850 M	1700 M
Zeitungspakete bis 5 Kilogramm	60 M	125 M

für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt für je 3000 Mk. 20 Mk.;

für Postanweisungen bis 100 Mk. 12 Mk., über 100 bis 200 Mark 20 Mk., über 200 bis 500 Mk. 30 Mk., über 500 bis 1000 Mark 40 Mk., über 1000 bis 2000 Mark 50 Mk., über 2000 bis 5000 Mark 60 Mk., über 5000 bis 20 000 Mk. 80 Mk., (Meistbetrag ist von 10 000 Mk. auf 20 000 Mk. erhöht);

Die **Einschreibgebühr** ist auf 20 Mk., die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 12 Mk. festgesetzt.

Für die **Eilbestellung** sind bei Vorausbezahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 30 Mk., nach dem Landbestellbezirk 90 Mk., für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 60 Mk., nach dem Landbestellbezirk 120 Mk.;

für bar eingezahlte **Zahlkarten**: bis 100 Mk. einschl. 6 Mk., über 100—200 Mk. einschl. 10 Mk., über 200—500 Mk. einschl. 15 Mk., über 500—1000 Mk. einschl. 20 Mk., über 1000—2000 Mark einschl. 25 Mk., über 2000—5000 Mk. einschl. 30 Mk., über 5000 bis 20 000 Mk. einschl. 40 Mk., für je weitere 10 000 Mk. oder einen Teil dieser Summe mehr 20 Mk., für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 100 Mk. für eine Zahlkarte;

für Kassenschecks, die bargeldlos beglichen werden, 1 vom Tausend des Scheckbetrags, für Barauszahlungen mit Postscheck 5 vom Tausend des Scheckbetrags.

Im **Telegraphenverkehr** sind die wichtigsten Gebühren für Fernsprechgramme: Grundgebühr 40 Mk., und außerdem für jedes Wort 20 Mk., für Ortstelegramme: Grundgebühr 20 Mk., und außerdem für jedes Wort 10 Mark., für Zustellung bei ungenügender Anschrift 30 Mk., für abgekürzte Telegrammanschriften jährlich 3000 Mk., für regelmäßige besondere Zustellung jährlich 3000 Mk., für Vorausbezahlung der Eilbestellung (XP) 90 Mk., für Stundung der Telegraphengebühren monatlich 60 Mk., außerdem für jedes Telegramm 8 Mk. Vereinbarungen über abgekürzte Telegrammanschriften sowie solche über regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme können bis zum 15. Dezember 1922 gekündigt werden.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Oesterreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Die Auslandsgebühren

beträgen vom 15. Dezember 1922 ab:

für **Postkarten**	50 M
jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei	40 M
für Briefe bis 20 Gramm	80 M
jede weiteren 20 Gramm	40 M
(Meistgewicht 2 Kilogramm),	
jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gr.	60 M
jede weiteren 20 Gramm	40 M
für **Drucksachen** für je 50 Gramm	15 M

usw., bei der ständig zunehmenden Teuerung natürlich noch nicht annähernd die Kosten der Lebenshaltung, und sind ein Beweis für die Einsicht und den Idealismus der Schauspieler. Wir glauben, daß auch das Publikum sich der Einsicht nicht verschließt, daß diese Gagen wohl das Notwendigste sind, um so mehr da die Spielzeit hier nur acht Monate dauert und die Mitglieder die übrigen vier Monate vor dem Nichts stehen. Daß das Unternehmen diese verhältnismäßig geringe finanzielle Mehrbelastung tragen kann, beweisen uns die für Gastspiele gezahlten Honorare. Hat doch ein einziger Gast im November für 20 Vorstellungen ein Honorar erhalten, für welches das ganze, aus 13 Personen bestehende, künstlerische Personal fast zwei Monate tätig sein muß.

Weitere Aufklärung behalten wir uns vor, hoffen jedoch, daß diese Zeilen dazu beitragen, den unsinnigen Gerüchten über unsere Dezemberforderungen ein Ende zu machen.

Ortsverband „Schauspielhaus"
der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger.

Eltern, kauft euren Kindern kein teures Spielzeug!

Ein Lehrer schreibt dem Hannoverschen „Volkswillen": Schenkt ihnen für das Geld, das ihr euch durch die äußere Aufmachung doch immer und immer wieder ablocken laßt, schenkt ihnen dafür Buntpapier, Buntstifte, Zeichenbogen, Schere, Klebstoff und dergleichen. Das alles ist auch teuer genug; aber Spielzeug ist noch teurer und entbehrlicher als jene genannten Dinge. Glaubt es uns Lehrern neuer Einstellung endlich, wir predigen es euch seit zehn Jahren und länger unermüdlich, so daß es nicht mehr neu sein sollte. Es ist Notzeit! Tut auch euren Kindern gegenüber nicht so, als wenn's nicht so wäre. Macht es, ihnen bescheiden, selbst hergestellte Dinge als vollwertige Geschenke zu geben. Werft euer Geld nicht weg für täuschende, scheinende Nichtigkeiten. Ihr liebt eure Kinder besser, wenn ihr ihnen all das schenkt, womit sie arbeiten können, ein paar einfache Werkzeuge und Material, so wie es ihre Lehrer ihnen empfehlen mögen.

Beamten- und Arbeitereinkommen in den Jahesstädten!

Unter obiger Ueberschrift veröffentlicht die „Wilhelmshavener Zeitung" in ihrer gestrigen Nummer eine Zuschrift des hiesigen Ortskartells des Deutschen Beamtenbundes, in welcher auf das Mißverhältnis zwischen Beamtengehälter und dem Gesamtverdienst eines gelernten Arbeiters, der nach dem Seeschiffswerft-Tarif entlohnt wird, hingewiesen wird. In einer graphischen Darstellung werden die Unterschiede der Gehälter der Beamten und die Verdienste des gelernten Arbeiters der Oeffentlichkeit veranschaulicht. Dieses Material ist auch der „Republik" zur Veröffentlichung zugegangen, es mußte jedoch von einer Publikation desselben Abstand genommen werden, da die ganze Darstellung, gelinde gesagt, eine offensichtliche Irreführung ist! Uns wird dazu mitgeteilt: Nach der Darstellung in der Zuschrift des Ortskartells des D. B. muß der Eindruck erweckt werden, daß der Verdienst eines gelernten Arbeiters seit August d. J. das Monatseinkommen von 70 000 Mark ausmacht, während das Beamtengehalt vom Werkführer-Diätar bis zum Marinebaurat nur 39 430 bis 67 560 Mark beträgt? Dazu ist zu sagen, daß der Verdienst eines gelernten Arbeiters, wie derselbe oben angegeben ist, der Spitzenverdienst für den ganzen Monat Dezember darstellt bezw. ist, der nur von einem geringen Teil der gelernten Arbeiter erreicht wird, was jederzeit nachgewiesen werden kann! Daß die Verdienste der Arbeiter im Monat November 72 Prozent geringer waren, wird natürlich nicht erwähnt, wie auch die Beamtengehälter vom November zum Vergleich mit den Dezember-Verdiensten der Arbeiter herangezogen werden. Dieses illustriert die ganze Darstellung des Ortskartells des D. B.! Warum werden nicht die Gesamtbezüge der Beamten und vor allem die Erhöhungen für den Monat Dezember angeführt? Ebenso ist bei den Beamtengehältern vergessen, die Angabe der gesicherten Lebensstellung und die sonstigen Vorteile!

Wenn schon einmal daran gegangen wird, Einkommenvergleiche zwischen Beamten und Arbeitern zu ziehen, dann muß verlangt werden, daß diese den Tatsachen gegenüber auch standhalten können, was von der oben erwähnten Veröffentlichung

Oldenburg und Ostfriesland.

Theaterpreise und Schauspielerlöhne.

Wir erhalten die nachstehende Zuschrift: In fast allen Stimmen, die sich mit der Beitragserhöhung der „Freien Volksbühne" beschäftigen, wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die um hundert Prozent geistigenen Gagen der Schauspieler mit die Hauptursache dieser Erhöhung seien. Gesprächsweise werden im Publikum Gagen genannt, welche die Wirklichkeit um ein Mehrfaches übersteigen. Da auch der jetzt beigelegte Berliner Schauspielerstreik geschickt mit in die Debatte gezogen wird, um die „Begehrlichkeit" des „übermütigen" Künstervolkes darzutun, sehen wir uns veranlaßt, um allen Gerüchten die Spitze abzubrechen, dem Publikum die nackten Tatsachen mitzuteilen. Wir wissen, daß mit Ausnahme der Schieber, Wucherer und Blutsauger unseres Vaterlandes die Not der Zeit schwer auf allen Volkskreisen und besonders auf den Angehörigen der geistigen und künstlerischen Berufe lastet; und doch gibt es wohl keine berufstätige Gruppe, welche so der Verelendung preisgegeben ist, wie der darstellende Künstler. Achzig Prozent aller Schauspieler tragen schon seit Jahren die wirtschaftliche Last der deutschen Theater allein! Denn nicht die wenigen gut fundierten und staatlich unterstützten Theater Berlins und einiger Großstädte sind es, welche die Kulturgüter des deutschen Volkes pflegen, sondern die hunderte von „Provinztheatern", welche heute noch der wahren Kunst dienen!

Ja, ein Dienen im wahrsten Sinne ist es, welches die ehrlich begeisterten, von hohem Idealismus erfüllten Schauspieler auf sich nehmen müssen. Denn hier gibt es weder Geld noch großen Namen zu erwerben, hier reicht das Einkommen noch nicht einmal, um den notwendigsten Lebensunterhalt zu fristen. Das soll folgende Aufstellung der hiesigen Gagen beweisen: Im September waren hier mit folgenden Monatsgagen engagiert: 1 Mitglied 6000 Mk., 1 Mitglied 4500 Mk., 2 Mitglieder je 4000 Mk., 1 Mitglied 3500 Mk., 2 Mitglieder je 2500 Mk., 1 Mitglied 2000 Mk. Dazu kam eine Nachzahlung von 1000 Mk. pro Mitglied. Im Oktober erhielten Monatsgagen: 3 Mitglieder je 8000 Mk., 2 Mitglieder je 6000 Mk., 2 Mitglieder je 5000 Mk., 3 Mitglieder je 4000 Mk., 1 Mitglied 3500 Mk. Dazu kam eine Nachzahlung von 3000 Mark pro Mitglied. Im November erhielten Monatsgage: 4 Mitglieder je 17 140 Mk., 1 Mitglied 15 426 Mk., 1 Mitglied 12 855 Mk., 1 Mitglied 10 612 Mk., 4 Mitglieder je 8570 Mk., 2 Mitglieder je 7508 Mk.

Wenn man bedenkt, daß von diesem Einkommen noch die gesetzlichen Abzüge, wie Steuern, Versicherungsbeiträge usw., zu zahlen sind, ferner Schminke, Abschminke, Puder u. dgl., sowie der Aufwand an Berufskleidung und Wäsche zu bestreiten ist, so wird das Publikum wohl zustimmen, wenn wir behaupten, daß die Last der deutschen Theater vom Schauspieler getragen wird.

Ueber die Höhe der Dezembergagen schweben noch Verhandlungen mit der Direktion und bewegen sich unsere Forderungen von 22 000 bis 45 000 Mark für den Monat Dezember und eine Nachzahlung für November in Höhe der Reichsindexziffer von 106,5 Prozent auf die Grundgage vom 1. Oktober. Auch diese Forderungen decken nach Abzug des Berufsaufwandes, der Steuern

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(Nachdruck verboten.)

69)

15. Kapitel.

Herr Wilhelm Jürgaß war ein Mann von Würde. Er sah genau so aus, wie es sich für seinen Stand und seine Eigenschaft als Angehöriger der Lübecker Großkaufmannsgilde gebührt. Sein schwarzes Haar, das die Jürgaßens von der Großmutter aus Venezuela bezogen hatten, hätte ihn in den Verdacht des Semitismus bringen können, wenn nicht der breite Gesichtsschnitt, die gesunde Hautfarbe mit der beginnenden Burgundernase und besonders die kleinen, wasserblauen Aeuglein für sein Germanentum Zeugnis ablegt hätten. Er setzte beim Lesen den Kneifer weit vorn auf die Nase und schlug im Stehen gern einen Flügel seines Rockes zurück, um mit einer Hand in die Tasche gelangen zu können, in der seine Finger immer noch etwas zum Klimpern suchten. Denn er liebte eine leichte metallische Musik, auch wenn sie in Ermangelung von losen Geldstücken nur vermittelst eines Schlüsselbundes hervorgebracht werden konnte. Und wenn er gut gegessen hatte, liebte er es, eine große, dicke Zigarre zwischen seine vollen Lippen zu pflanzen, sich weit im Sessel zurückzulehnen und die Hand, die das Messer geführt hatte, auf dem Bäuchlein rasten zu lassen — alles, wie es sich für einen angesehenen Handelsherrn in reiferen Jahren und in gefestigten Verhältnissen gehört.

Dieser Ehrenmann benahm sich während des Kaffees durchaus tadellos. Den guten Onkel markierte er, allerdings ziemlich ungeschickt, zum Besten der Kinder, obwohl er vergessen hatte, ihnen etwas mitzubringen; gegen die Schwester, die für ihn immer noch die „Kleine" war, bezeigte er sich neckisch überlegen; der Schwägerin gegenüber befliß er sich einer zurückhaltenden Höflichkeit, und für den Schwager hatte er sich einen aufmerksam prüfenden Blick und einen vorsichtig temperierten Ton zurecht gelegt. Er wußte ja nicht genau, wie der Mann geschäftlich stand, und solchen nicht ganz sicheren Leuten gegenüber übte er immer eine weise Zurückhaltung bis nach Einsichtnahme in die letzte Bilanz. Beim Kaffeeschlürfen und Kuchenkauen war nur leichtes Familiengeschwätz geübt und alle heiklen Themata schon in Rücksicht auf die Kinder vermieden worden. Aber dem scharfen Blick Wilhelm Jürgaß war das befangene Wesen aller Erwachsenen, der sorgenvolle Ausdruck in den Mienen Philipps und die Anstrengung in der unbefangen-scheinen sollenden Heiterkeit der beiden Frauen nicht entgangen. Die feine Nase des Geschäftsmannes witterte die Bleie in der Luft, und seine Nerven, bis in der gewohnten Atmosphäre philiströser Behaglichkeit sich gar nicht bemerklich machten, wurden unruhig, als empfänden sie die verhaltene Elektrizität in der Luft dieses Hauses. Und als die Herrschaften nach Entfernung der Kinder im Wohnzimmer beisammen saßen, hatte Wilhelm Jürgaß das unbehagliche Gefühl, daß ihm demnächst etwas versetzt werden sollte. Er mochte nicht Platz nehmen aus Besorgnis, man könnte ihm Stecknadeln in die Polster verborgen haben, und den Rücken deckte er sich, indem er sich an den Flügel lehnte, damit ihm keiner unbemerkt von hinten mit einem Puppenstoß beikommen könnte. Da standen und saßen sie denn alle herum und lächelten blöd und strengten sich an, unerhebliche Dinge zu sagen. Und eind belauerte mit seinen Blicken das andere, ob es nicht endlich den Mut finden würde, mit den unangenehmen Wichtigkeiten herausrücken. Wilhelms Frage, wie lange Mite noch zu Besuch zu bleiben gedenke, lenkte gleich das Gespräch auf die heimliche Tagesordnung.

„Ich habe an meinen Mann telegraphiert," beantwortete Mite die Schwagers Erkundigung. „Morgen vormittag um elf ist er hier. Da wir doch einmal zum Familientag versammelt sind, und sehr einschneidende Fragen besprochen werden müssen, so darf seine Stimme im Rat doch nicht fehlen, habe ich mir gedacht."

„So, so — einschneidende Fragen!" sagte Wilhelm Jürgaß. „Hm!" Er blies den blauen Rauch seiner Importe weit von sich, und dann legte er nachdenklich seine Lippen fest zusammen, daß sein Mund zu einem dünnen, geraden Strich wurde, wie der Summastrich unter einer längeren Zahlenreihe.

Carry und Philipp blickten beide ängstlich auf Mite. Aber die ließ sich nun nicht mehr einschüchtern. „Ja," sagte sie, „die Verhältnisse haben sich hier leider so scharf zugespitzt, und die Entscheidung, die jetzt unbedingt getroffen werden muß, geht die Familie so unmittelbar an, daß eure Meinung ohne Zweifel ins Gewicht fällt. Ich glaube, es wird unserem Schwager Philipp selbst erwünscht sein, wenn er in Uebereinstimmung mit eurem Urteil handeln darf."

„So, so. Das ist ja sehr . . ." Wilhelm Jürgaß sah seinen Schwager mißbilligend an. „Ich habe ja keine Ahnung, was los ist — ich dachte, es wäre alles in schönster Ordnung, da ihr euch doch allem Anschein nach wieder versöhnt habt?"

Eine erwartungsvolle Pause. Jetzt waren aller Augen auf Philipp gerichtet. Und der war ganz rot im Gesicht und kaute aufgeregt an seiner Zigarre und wußte nicht, wo er hinschauen sollte. Endlich sagte er: „Ich möchte es doch für richtiger halten, wenn ich dir, lieber Wilhelm, die Sache erst einmal allein auseinandersetze."

„Nein, entschuldige — da muß ich mich entschieden dagegen sträuben!" rief Carry. Sie trat vor ihren Bruder hin mit niedergeschlagenen Augen, griff mit der Hand nach seiner Uhrkette und spielte damit, während sie fortfuhr: „Du mußt uns gleich beide hören! Es handelt sich auch gar nicht um das Geschäftliche allein — das andere ist viel wichtiger!"

„Na, was ist denn nun das eine und was das andere? Rückt doch mal mit der Sprache heraus!" Wilhelm wurde schon großspurig vor Ungeduld — vielbeschäftigte große Herren haben keine Zeit, sich auf die ängstlichen Umständlichkeiten kleiner Leute einzulassen.

Und nun waren sie beide wieder wie auf den Mund geschlagen. Da trat wieder Mite für sie ein, indem sie kurz und klar auseinandersetzte, worum es sich handelte.

„Was?!" rief Wilhelm Jürgaß ärgerlich. „Das ist ja eine tolle Geschichte! Scheiden wollt ihr euch lassen, und außerdem steht du vor dem Konkurs?! Na, wißt ihr — da hört's ja auf! Nette Ueberraschung!"

Und nun sprachen Carry und Philipp gleichzeitig auf ihn ein. Mite wollte Ruhe und Ordnung herstellen und die Aussagen der beiden Parteien präzisieren, aber die ließen sie nicht zu Worte kommen. Carry besonders drängte sich das Herz auf die Zunge, sie schwatzte immer wieder dazwischen und führte aus dem reichen Inventor von Streit- und Versöhnungsmotiven, die ihre zehn Ehejahre geliefert hatten, immer wieder neue ins Gefecht. Wilhelm konnte natürlich aus diesem Durcheinander nicht klug werden. „Mer, Herrschaften," rief er grob in den Wortschwall hinein, „wenn ihr so fortfahrt, fahre ich ab und kümmere mich um gar nichts mehr! Also bitte, Schwager — wie ist das: du willst dich scheiden lassen? Warum?"

Carry kam ihrem Manne zu vor: „Weil dies gräßliche Frauenzimmer, die Wandel, herumgelaufen ist bei unseren Bekannten und sie aufgehetzt hat! Es ist überhaupt alles Klatsch und Gemeinheit! Und vor diesen Leuten hat Philipp Angst; damit sie nicht denken sollen, er wäre schwach und er hätte ein zu gutes Herz — darum will er mich davonjagen und meine armen, armen Kinderchen . . ." Ein Tränenstrom erstickte das weitere.

„Dich habe ich gar nicht gefragt!" herrschte sie Wilhelm an.

„Bitte, antworte du, Schwager!"

Und Philipp, ängstlich und stockend, erwiderte: „Also — ich habe mich dazu entschließen müssen — ein Ende zu machen, weil ich sonst alles Ansehen als Mensch verliere in unseren Kreisen. Und ich brauche die Achtung dieser Leute, weil ich mich als Geschäftsmann auf sie stützen muß. Ich habe siebenundachtzigtausend Mark Passiva, für die keine Deckung vorhanden ist . . . drei Wechselklagen drohen . . ."

„Herrjeh, Mensch — wie ist das möglich?!" Dabei schlug Wilhelm empört auf den Flügel, daß er dröhnte.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

nicht gesagt werden kann, diese ist vielmehr geeignet, die Oeffentlichkeit irre zu führen und die Beamten gegen die Arbeiter auszuspielen, was heute mehr denn je vermieden werden sollte.

„Der jugendliche Schwerverdiener".

Die „Wilhelmshavener Zeitung" druckte unter diesem Titel kürzlich einen „Offenen Brief" des bekannten Arbeiterastronomen Bruno Bürgel ab. Bürgel will darin gewisse Erscheinungen im Leben unserer heranwachsenden Jugend geißeln. Dagegen, daß so etwas geschieht, läßt sich nichts einwenden. Befremden muß es nur, daß der Sozialdemokrat Bürgel sich von einer gewissen Einseitigkeit leiten läßt und für seine Kritik ein so schäbiges Blatt wie die „Berliner Morgenpost" benutzt. Daß solche Blätter, wie „Morgenpost" oder Wilhelmsh. Ztg.", solche Kritik mit Behagen abdrucken, läßt sich denken. Sie glauben, politisch Kapital daraus schlagen zu können. Bürgel schildert in seinem „Offenen Brief" junge Arbeiter, die „typisch" sein sollen. Es heißt da:

„Ich hatte Gelegenheit, Sie einige Tage recht genau zu beobachten und Ihren Gesprächen mit Ihren gleichgestimmten Freunden zu lauschen, weiß, daß Sie eben zwanzig Jahre geworden sind und als Schwerverdiener in einem Betriebe arbeiten, der infolge günstiger Konjunktur und Mangels an Arbeitskräften augenblicklich jungen Leuten Ihrer Art Löhne zahlen kann, die zu erhalten Hunderttausenden von Familienvätern, studierten Leuten wie Arbeitern, ein Glück, eine Entsagung von schwerstem wirtschaftlichem Druck bedeuten würde. Eine Gleichmacherei, die zu einem Unsinn ausgeartet ist — einem Unsinn, dem der Staat leider nicht durch eine ausgleichende Steuerpolitik begegnet — macht es Leuten Ihrer Art möglich, mit Geld um sich zu werfen, das andere Volksgenossen für die allerbittersten Notwendigkeiten des Lebens besser brauchen könnten."

Dann schildert Bürgel die geistige Struktur dieser „typischen" jugendlichen Arbeiter. Danach bezahlt der „Schwerverdiener" seinen Eltern kein Kostgeld, kleidet sich mit lächerlicher Eleganz: Lackschuhe, violette Strümpfe, grüne Seidenbinde, und trägt ein lächerliches blasiertes Benehmen zur Schau. Weiter heißt es:

„Aber es mag noch hingehen! Ihr ganzes schönes Menschentum entpuppt sich erst, wenn man hört, in welchen Ausdrücken Sie von Ihren Eltern sprechen, wie Sie das Mädchen nennen, das das Glück oder die Torheit hat, ihr Herz an Sie zu hängen, den „tipp-toppen Kavalier mit dem großen Portemonnaie", das für erstaunlich hohe Kaffeehaus- und Bar- (jawohl Bar!) Zechen langt. Sie gebrauchten Ihren Freunden gegenüber Ausdrücke hinsichtlich Ihrer Herzallerliebsten und der Schäferstunden, die sie Ihnen bewilligt, daß ein Husarenwachtmeister darüber rot werden konnte, und einem die rechte Hand infam zuckte. Aehnlich sprachen Sie von Ihren Eltern, und Sie taten sich förmlich groß damit, daß Sie in den letzten Wochen nicht einmal das Kostgeld übrigbehalten hätten. „Et is alles druffjejangen!" — Hm, hm! — Was meinen Sie wohl, was Ihr Fabrikdirektor dazu sagen würde, wenn er wüßte, wie Sie „notleidender Proletarier" mit Ihrem Verdienst umgehen, der leider höher ist als der vieler Familienväter! — — — —"

Derartige Lotterbengel gibt es freilich nicht nur in Berlin, sondern wir finden sie auch an anderen Orten. Aber daß Bürgel diese Jugendlichen in einem Berliner Generalanzeiger wie die „Morgenpost" als Sozialdemokraten bezeichnet, ist ein gefundenes Fressen für die Blätter ähnlichen Schlages. Und wir sehen auch, daß dieser „Offene Brief" die Runde durch die gesamte deutsche Generalanzeigerpresse macht (auch in unserem Bezirk). Die müßte ja blind sein, wenn sie sich diesen fetten Happen entgehen lassen wollte. Wir wollen Bürgel nicht bestreiten, daß er solche Gesellen gesehen hat. Auch wir haben hier solche Spezies. Daß wir aber einen dieser Burschen jemals als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gesehen, haben wir noch nicht feststellen können. Daher müssen wir auch bestreiten, daß sie eine „Massenerscheinung" unter der Arbeiterjugend und in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sind. Wir können nur annehmen, daß Bürgel sich gefühlsmäßig hat zu einer Verallgemeinerung leiten lassen, die er aus eigener Anschauung aus der Arbeiterjugend jedenfalls nicht gewonnen hat.

Daß die Arbeiterjugend anders veranlagt ist, weiß der, der eigene Beobachtungen machen kann. Es wird von allen Leuten, die mit der Arbeiterjugend in Berührung kommen, ausdrücklich betont, daß sich ein ungeheurer Lerneifer bemerkbar macht. Auch Bürgels Bücher finden einen großen Absatz gerade bei der Arbeiterjugend. In allen Arbeiterjugendvereinen ist Trinken und Rauchen verpönt. Wir könnten die Auslassungen Bürgels unbeachtet lassen, wenn sie nicht ausgerechnet von einem Sozialdemokraten stammten und in einem Generalanzeiger abgelagert wären. Um einer Ausnutzung Bürgelscher Aeußerungen durch bürgerliche Demagogen von vornherein die Spitze abzubrechen, verweisen wir auf die Arbeiterjugend. Außerdem werden Vergleiche mit der „gebildeten" Jugend (siehe Rathenau- und Scheidemann-Prozeß) eine treffende Illustration geben. Auch an den Prozeß Franz in Berlin möge erinnert sein. Vergleiche mit diesen „gebildeten Kreisen" braucht die Arbeiterjugend nicht zu scheuen. Selbst wenn diese Karrikaturen jugendlicher Arbeiter verbreiteter wären, als sie sind, sollte ein Sozialdemokrat sich anders mit einer solchen Erscheinung abfinden. Bürgerlichen Moralpredigern, deren Jugend- und Studienzeit mitunter im liederlichen Sichgeben gar nicht so zaghaft war, wird nur Wasser auf ihre Mühlen gegeben, zumal, wenn solche einseitigen Schilderungen von einem Sozialdemokraten stammen.

Rüstringen.

Volkshochschulkursus. Den Einfluß des menschlichen Liebeslebens auf die Gesellschaftsbildung wird Gen. Bürgermeister heute (Mittwoch) abend 8 Uhr in seinem vierten Volkshochschulkursus über Soziologie behandeln.

Ein Tannenbaum 500 Mark. In diesen Tagen kamen die ersten Tannenbäume zum Verkauf. Die Preise waren „entsprechend". Hoffentlich sorgt die Konkurrenz noch dafür, daß den Händlern die Lust vergeht, für einen unscheinbaren Baum 500 Mark zu fordern. Durchaus zweckmäßig würde es sein, wenn die „Kalkulation", die zu solchen Forderungen führt, einmal gründlich nachgeprüft wird.

pr. **Gendarmeriebericht.** In der Nacht vom 10. zum 11. d. M. wurden dem Händler Naumann aus einem an der ABC-Straße belegenen Schuppen vier große dunkle Gänse gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt. — Am 7. d. M., nachmittags, ist aus dem Hause Grenzstraße 38 ein Herrenfahrrad, Marke „Adler", abhanden gekommen. Rahmen und Felgen sind schwarz, die Pedalen fehlen bis auf die Achse, die Enden des Rahmens sind geschweißt. — Aus dem Rathaus Jedeliusstraße ist ein 1,60 Meter langes Bleirohr entwendet worden. — In der Nacht vom 8. zum 9. d. M. sind aus einer Ackerbude am Schlachthof mittels Einbruchs sechs Hühner und zwei Kaninchen gestohlen worden, drei weiße, ein schwarzes und zwei gelbe Hühner, die Kaninchen sind von grauer Farbe und ohne Kennzeichen. — In derselben Nacht ist von einer Haustür in der Theilenstraße die Messing-Türklinke gestohlen worden. — Aus einem Glaskasten der Warenvertriebs-Gesellschaft an der Gökerstraße sind in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend drei Schals gestohlen worden. Sachdienliche Angaben in allen diesen Fällen erbittet auch ohne Namensnennung die Gendarmerie.

pr. **Eisenbahnverkehrs-Arbeitsgemeinschaft der Jadestädte.** Am Montag tagte im Wilhelmshavener Rathaus die kürzlich gebildete Arbeitsgemeinschaft für Verkehrsfragen. Vertreten waren die Jadestädte, die Marinestation, die Marinewerft, die Vereinigten Schiffs- und Maschinenbauwerkstätten, die Handels- und Handwerkskammern für Oldenburg und für Ostfriesland, der Verband für Handel, Gewerbe und Industrie der Jadestädte, der Kaufmännische Verein „Union", der Verband für Handel und Gewerbe in Varel, der Verkehrsverein der Jadestädte. In Zukunft soll auch eine Vertretung von Jever an den Sitzungen teilnehmen. Die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft liegt beim Vorsitzenden des Verkehrsvereins und beim Industrieamt der Jadestädte; an diese Stellen sind Anregungen und Wünsche zu richten. Zur Beratung lag eine Anzahl Wünsche vor, deren Erfüllung für den Verkehr der Jadestädte und das nördliche Oldenburger Land unbedingt notwendig ist. Vor allem soll angestrebt werden, daß die Züge des diesjährigen Sommerfahrplans, die jetzt in Wegfall gekommen sind, baldmöglichst wieder fahren. Auch sonstige Verkehrswünsche wurden geäußert und sollen bei den zuständigen Stellen zur Ausführung gebracht werden.

Wilhelmshaven.

Heil dir im Siegerkranz. Uns wird geschrieben: Am 2. Dezember fand im Seemannshaus ein Ball der Besatzung der „Braunschweig" unter Teilnahme der Offiziere statt. Um die alte Zeit wieder etwas in Erinnerung zu bringen, wurden auch patriotische Lieder gesungen. So u. a. das Lied: Heil dir im Siegerkranz, Herrscher des Vaterlands, heil, Kaiser, dir! —

Zweckentsprechende Bestrebungen. Wie wir erfahren, wird in der Stadtverwaltung Wilhelmshaven die Frage geprüft, ob eine eventl. Zusammenlegung des Mieteinigungsamtes, des Wohnungsamtes, des Kaufmanns- und Gewerbegerichts und des Versicherungsamtes mit den gleichen Aemtern der Stadt Rüstringen möglich ist. Wir halten diesen Gedankengang für durchaus richtig. Es würden ohne Zweifel erhebliche Ersparnisse erzielt werden, die beiden Städten zugute kommen. Die Tendenz in den beiden Städten müßte u. E. sein, in allen Angelegenheiten, wo das erreicht werden kann, eine Vereinfachung und Ersparnis zu erzielen. Wenn Wilhelmshaven in dieser Beziehung vorangeht, ist das nur zu begrüßen.

Zur Frage der Schulgeldstaffelung. Die Festsetzung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern ist erneut der Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reiche und den Ländern gewesen. Man hatte an öffentlichen Schulen in verschiedenen Orten das Schulgeld nach Hundertsätzen des Einkommens festsetzen wollen, nach dem die Eltern der Kinder zur Reichseinkommensteuer herangezogen sind. Der preußische Minister für Volksbildung erklärt jetzt dazu, daß dies aus grundsätzlichen Erwägungen zurzeit nicht genehmigt werden könne, da erst der Abschluß der erwähnten Verhandlungen abgewartet werden müsse.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Wohltätigkeitsveranstaltung. Donnerstag abend 8 Uhr findet in der Wilhelmshavener Gewerbeschule eine Wiederholung des Vortragsabends der Rüstringer Handelsschule statt. Ertrag zugunsten der hiesigen Kinderhilfe.

Vermischtes.

Feuchtes Pflaster. Aus Berlin wird uns geschrieben: Wenn an der Wende zwischen Spätherbst und Winterbeginn der Sturm den Regen oder die rasch schmelzenden Schneeflocken auf das Großstadtpflaster jagt, dann kann man allerlei nachdenkliche Betrachtungen machen. Und ich schaue mich gern um, wenn ich durch die Straßen schlendere. Man braucht nicht immer nach rechts oder nach links, nach vorn oder nach hinten zu schauen, der Blick findet auch allerlei Beachtenswertes, wenn er den Erdboden sucht. Vor mir tippeln ein paar Frauenfüße. Der fußfreie Rock ist ein wenig in die Höhe gehoben, daß man den Fußansatz und die Knöchelpartie genau studieren kann. Es sind ein Paar feine, allerliebste Füßchen. Nur frieren müssen sie ganz entsetzlich. Denn die dünnen Florstrümpfe, durch die man die kahle Haut schimmern sieht, können ganz unmöglich irgendeinen nennenswerten Schutz gegen die rauhe Witterung gewähren. Wenn's wenigstens noch Stiefel wären, die das Mädelchen vor mir trägt. Nein, es sind Halbschuhe. Halbschuhe mit breiten Schleifen und turmhohen Absätzen. Was muß das für ein vertracktes Gehen in diesen bei jedem Schritt klappernden Dingern sein! Angst und bange wird einem, wenn man da lange hinschaut. Und nun haftet mein Auge auf einem anderen Schuhzeug. Diesmal ist es die Fußbekleidung eines Mannes. Wenn man das überhaupt noch Fußbekleidung nennen kann! Die Absätze sind fast völlig fortgetreten. Im Oberleder des Vorderschuhes klaffen pfenniggroße Löcher. Bei jedem Schritt löst sich ein Teil des Oberleders von der Sohle. Und das Wasser quietscht in die Stiefel hinein. Und in den Stiefeln liegen ein Paar in Lumpen gehüllte Füße — müde Füße: müde vom Wege, müde vom Leben! Ja, ja, die einen fahren im Automobil und die anderen müssen in solchem Schuhzeug das feuchte Pflaster treten! ...

Wirrwarr der geographischen Dutzendnamen. Es ist dem Publikum wenig bekannt, daß jährlich Tausende von Postsendungen nicht bestellt werden können, weil auf der Sendung der Bestimmungsort ungenau angegeben ist. Daraus entsteht sowohl dem Absender wie dem Empfänger und der Post sehr viel Aerger, der vermieden werden kann, wenn der Absender die Adresse sorgfältiger schreibt. Wer beispielsweise nur den Ortsnamen Michelbach auf den Briefumschlag oder die Postkarte schreibt, der darf sich nicht wundern, wenn seine Sendung niemals ankommt, denn Orte, die den Namen Michelbach führen, gibt es in Deutschland nicht weniger als 17. Mit anderen Orten ist es ähnlich. So gibt es 8 verschiedene Postorte mit dem Namen Neuhaus, 7 Neuhausen, 12 Neuenkirchen, 16 Neukirch, 21 Neukirchen, 5 Naumburg. Die größte Auswahl aber bietet der Ortsname Neustadt, denn der kommt 9mal vor. Nicht minder achtsam muß man bei Postorten sein, die durch Falschschreiben eines Buchstabens zu Verwechselungen Anlaß geben können: Altena (Westf.) und Altona, Bornim (Potsdam) und Bornum (Harz), Coslar (Rheinland) und Goslar (Harz), Lange (Mecklenburg) und Lage (Lippe), Bohnsdorf (Potsdam) und Bohnsdorf (Lübeck), Castell (Unterfranken) und Kastel (Rhein), Carlsruhe (Schlesien) und Karlsruhe (Baden), Pölitz (Pomm.), Pohlitz (Reuß) und Pohlitz (Altmark).

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Jungsozialisten-Gruppe. Donnerstag abend 8 Uhr Zusammenkunft im Parteisekretariat. Vortrag des Gen. Hoiermann: „Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter."

Die Vertrauensleute wollen mit den Karten vom Schipsmann-Abend abrechnen.

Die Kassierer werden gebeten, am Mittwoch, abends 6 Uhr, zu einer Aussprache auf dem Sekretariat zu erscheinen.

Distrikt Wilhelmshaven. Am Mittwoch den 13. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Werftspeisehause eine Distriktsversammlung der Wilhelmshavener Distrikte statt. Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Kommunales; 3. Parteiangelegenheiten; 4. Verschiedenes. Sämtliche in Wilhelmshaven wohnenden Genossinnen und Genossen sind eingeladen.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, Rüstringen, für Provinzielles Karl Schah, Wilhelmsh., Verlag Paul Hug, Druck Paul Hug u. Co., Rüstringen.

Kleine Schäden im Haushalte.

Nach dem Reichsmietengesetz haben die Mieter jetzt nicht nur für eine ganze Anzahl kleiner Reparaturen aufzukommen, sie haben auch die Kosten für das im Haushalt verbrauchte Wasser zu tragen. Sparsamkeit jedes einzelnen kommt also der Gesamtheit der Mieter zugute. Die „Berliner Volks-Zeitung" macht deshalb die nachfolgenden zeitgemäßen Hinweise: Gerade an der Wasserleitung, so schreibt das Blatt, zeigen sich sehr oft kleine Schäden, die einen Verlust an Wasser zur Folge haben. Hier also ist vor allen Dingen bei den außerordentlich hohen Reparaturkosten Selbsthilfe am Platze; mit ein bißchen gutem Willen läßt sich viel erreichen. Allerdings muß man sich auch ein wenig mit den Gebrauchsgegenständen vertraut machen, dann kann man leichter selbst beurteilen, wo der Schaden sitzt und wie ihm beizukommen ist.

Schließt zum Beispiel der Hahn an der Wasserleitung nicht mehr fest, und artet das Tropfen in ein ständiges Fließen aus, so geht dadurch eine ganz gewaltige Menge Wasser verloren, ganz abgesehen von der Gefahr einer Ueberschwemmung. Die Ursache ist in solchem Falle zumeist in einem Defekt der Gummischeibe zu suchen, die allerdings infolge der Gummiknappheit in vielen Fällen einer Lederscheibe hat weichen müssen. Diese Leitungsscheibe muß durch eine neue ersetzt werden, die in jeder Eisenwaren- oder sonstigen Handlung mit Haushaltungsgegenständen zu haben ist. Nach Absperrung des Wassers durch Schließung des Haupthahnes wird der Leitungshahn herausgeschraubt. An dessen unterem Ende befindet sich eine Mutterschraube. Diese muß mit Hilfe einer Zange abgeschraubt werden. Dadurch liegt die defekte Leitungsschraube frei. Man entfernt diese nun, ersetzt sie durch eine neue, die man zwischen Metallscheibe und Mutterschraube auflegt, zieht letztere straff an und bringt den Hahn wieder an seine alte Stelle.

Die Verstopfung der Leitung am Ausgußbecken gehört auch nicht gerade zu den Annehmlichkeiten, sie läßt sich aber ebenfalls leicht ohne fremde Hilfe beseitigen. Das Ableitungsrohr hat die Gestalt eines Knies. An der tiefstgelegenen Stelle ist ein Verschluß in Gestalt einer Flügelschraube angebracht. Diese schraubt man mit Hilfe einer Zange heraus, nachdem man vorher ein Gefäß untergestellt hat, in welches das aufgestaute Wasser abläuft. Man bedient sich nun eines starken doch biegsamen Drahtes, der den Windungen des Leitungsrohres zu folgen vermag, und fährt nun mit diesem nach beiden Seiten so lange in dem Rohr entlang, bis man alle Unreinlichkeiten daraus entfernt hat. Man wird sich wundern, welche Mengen von Unrat man aus dem Rohre herausholt. In der Hauptsache werden es Abfälle von Scheuertüchern sein, doch auch andere, festere Substanzen setzen sich im Laufe der Zeit fest und verhindern den Abfluß. Nach völliger Reinigung des Rohres wird die Verschlußschraube wieder eingesetzt, doch tut man gut, das Gewinde vorher dick mit Mennige zu bestreichen, da dadurch einem Einrosten der Schraube vorgebeugt wird.

Etwas umständlicher gestaltet sich das Verfahren bei der Beseitigung einer Verstopfung des Abflußrohres am Abwaschtisch, weil hier das Rohr eingebaut ist, man also nicht, wie im vorigen Falle sich mit Draht behelfen kann. Hier muß man den Wasserdruck zu Hilfe nehmen. Man verbindet zu diesem Zwecke die Rohrleitung durch einen Gummischlauch mit der engen Oeffnung eines Trichters. Damit der Schlauch durch die Gewalt des Wassers nicht abgerissen wird, empfiehlt es sich, ihn an beiden Enden fest anzubinden. Man drückt den umgestülpten Trichter mit seiner weiten Oeffnung fest auf den Boden des Abwaschtisches und öffnet den Leitungshahn, erst nur ein wenig, dann allmählich mehr, bis das Wasser schließlich mit voller Wucht durch den Schlauch läuft. Durch den hierbei erzeugten Druck wird der Schmutz aus dem Rohr gespült. — Nicht selten ist die Verstopfung zum Teil darauf zurückzuführen, daß an den Innenwandungen des Abflußrohres sich Fettsubstanzen, die von den abgewaschenen Tellern und Töpfen herrühren, abgesetzt haben und dort erstarrt sind, so daß allmählich eine Verengerung des Rohres eingetreten ist. Dies ist namentlich im Winter häufig der Fall, wenn die Abkühlung des Abflußwassers sehr rasch erfolgt. Hier tut heißes Wasser gute Dienste, das man längere Zeit durch das Rohr laufen läßt. Das Fett wird dabei erweicht, aufgelöst und hinweggespült.

Keinen geringen Schreck verursacht es der Hausfrau, wenn die Badewanne läuft, und das Gefühl des Schreckens steigert sich noch, und die Erscheinung gewinnt etwas Geheimnisvolles, wenn man trotz allen Suchens nirgends in der Wanne ein Leck als vermeintlichen Herd der Ueberschwemmung finden kann. Bei näherer Untersuchung stellt sich dann schließlich heraus, daß die Sache in Wirklichkeit gar nicht so schlimm ist. Die Badewanne selbst ist vollkommen heil, sie ist aber durch irgendwelche äußere Einwirkung von ihrem Standort, wenn auch nur ganz wenig, verrückt worden. Dieses „ganz wenig" genügt aber, den Wasserauslaß vom Abflußrohr zu verschieben, und die Folge davon ist, daß sich ein Teil des Wassers aus der Wanne, nach der Entfernung des Stöpsels, in die Badestube ergießt. Bei der „laufenden Badewanne" sehe man vor allen Dingen also nach, ob die Abflußvorrichtung in Ordnung ist. Sind Ausfluß und Rohr verschoben, so muß letzteres durch entsprechendes Rücken der Wanne wieder ordentlich eingepaßt werden, und der Fehler ist behoben.

Zwei Menschen.

Zwei Menschen, die gemeinsam ihre Jugendjahre durchlebt hatten und manchen Streit und viele Fehden mit ihrer Umwelt glücklich und erfolggekrönt bestanden hatten, waren durch Meinungsverschiedenheiten über den am besten einzuschlagenden Weg, der sie zu dem ersehnten Ziele führen sollte, auseinander gekommen. Wohl behielten sie sich noch immer im Auge, beobachteten jeden Schritt und jede Bewegung und riefen einander zu. Aber nicht Worte der Freundschaft und der Kameradschaft waren es, die sie sich zu sagen hatten. Zorn und Haß und Groll formten spitze Pfeile, die ihre verbitternde Wirkung nicht verfehlten. So ging es Tag um Tag, Monat um Monat, Jahr um Jahr. Und immer näher rückten die Wege der ehemaligen Freunde aneinander. Denn die Pfade durchschnitten eine öde Felsenwildnis, die zerklüftet war von Abgründen und wassergewaschenen Rissen. Immer kecker wagten sich zudem die alten Feinde an die Schreitenden heran. Sie wußten, daß sie nicht mehr an eine gemeinsame Abwehr dachten. Und so wuchs die bittere Not zusehends. In den beiden einsam Schreitenden keimte langsam der Gedanke: warum wandern wir nicht wie früher, Hand in Hand, Vertrauen in Vertrauen? Und nach einer Weile hatten die Worte, die sie sich von Zeit zu Zeit zuriefen, viel von ihrer Spitzigkeit und Bitterkeit verloren. Und die gemeinsame Not, die immer dräuender wurde, weckte die Neigung in beider Herzen zum gegenseitigen Verstehen. Und nun bedurfte es keiner großen und langen Worte mehr, da hatten sie sich verstanden. Und lachend schauten sie sich in die Augen, Hand fand sich in Hand. Frohgemut schritten sie nebeneinander her, als wäre nie ein trüber Schatten zwischen sie getreten. Und die alten Feinde, die rechtzeitig die neuerwachte Eintracht bemerkten, machten sich scheu aus dem Staube. Die beiden Freunde aber schritten rüstig weiter durch Oedland und Felsenwildnis, mutig und unerschrocken. Und erreichten ihr Ziel.

Not.

All' euer girrend Herzeleid
tut lange nicht so weh,
wie Winterkälte im dünnen Kleid
die bloßen Füße im Schnee.

All' eure romantische Seelennot
schafft nicht so herbe Pein,
wie ohne Dach und ohne Brot
sich betten auf einen Stein.

[illegible]